

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST





Herausgegeben vom

Anti-Strauß-Komitee

April 1986 Nr. 61

2,-

Inhaltsverzeichnis:

„...von der Bombe nur zwei bis drei Monate entfernt.“

S. 3

Ohne Ordnung kein Krieg

S. 10

Die Rettung aus den Bergen
Für Strauß und die Deutsche Bank

S. 14

Lieber Johannes Rau

S. 21

STRAUSS IN AKTION

S. 23

Letzte Warnung an Kohl

S. 23

„Wende“ für Spanien

S. 24

Waffen für Marcos

S. 24

„Freiheit“ für Afghanistan

S. 24

Im Krieg geächtet - von der
CSU angewandt

S. 25

Grundgesetz hin - Grundgesetz
her

S. 26

ANTIFASCHISTEN IN AKTION

S. 28

Eine Demonstration, die verboten war

S. 28

Alte Medien - oder die Macht der
Gefühle

S. 31

Herrn
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
Postfach
5300 Bonn

Heinz Jacobi
jetzt: Waltherstr. 28

28.2.1985

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der heutigen Bildzeitung entnehme ich, daß auch ein „starker Kanzler“ Trost brauche – wobei mit „starker Kanzler“ offensichtlich Sie gemeint sind – und 80 Prozent der Zuschriften zum laufenden Ermittlungsverfahren für Sie Partei ergriffen. Ich möchte Beihilfe leisten, diesen aufschlußreichen Prozentsatz zu wahren. Wenn einer in dieser Stunde – ich sage es offen – Trost braucht, dann sind Sie es, Herr Bundeskanzler. Es ist doch überhaupt nicht einzusehen, warum ein christlicher Politiker, nur weil er Kanzler ist, urplötzlich verpflichtet sein sollte, streng bei der Wahrheit zu bleiben. „Was ist Wahrheit?“ mußte sich schon Pontius Pilatus in einem ähnlich komplizierten Fall fragen und wusch sich auch die Hände in Unschuld. Auf jeden Fall kann so die geistig-moralische Wende nicht gemeint sein. Lassen Sie sich von der geradezu heimtückischen Unterstellung Geißlers, sie neigten zum Blackout, oder der unverschämten Offenheit des Strauß, alle hätten von der Spendenpraxis gewußt (auf diesem Gebiet hält er Sie plötzlich nicht für total unfähig!), nicht in Ihrem ureigenen Verhältnis zur Wahrheit beirren. Auch die dauernden Hinweise auf den Kollegen Zimmermann finde ich absolut unpassend.

Mit den besten Wünschen für den Rest Ihrer Kanzlerschaft.

Heinz Jacobi

„1985 haben wir den 40. Jahrestag des Kriegsendes gefeiert. Genügt das noch nicht? Müssen wir erst 50, 60, 70 Jahre Kriegsende feiern, bevor wir wieder selbstbewußt Politik machen können?“

Peter Staisch, Fernseh-Chef-redakteur des Norddeutschen Rundfunks, in einer CDU-Veranstaltung in Hannover.

★

„Liebe Freunde, wer soll eigentlich, wann immer dies sein wird – vielleicht erst in Generationen –, die Chance zur Einheit der Nation wahrnehmen, irgendwo in der Welt, wenn wir nicht den Willen unseres Volkes gegen den Defätismus der Geschichte setzen?“

Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Fusionsparteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Düsseldorf zur Frage der deutschen Einheit.



**„... von der Bombe
nur zwei bis drei Monate
entfernt“**

Vergiftung einer Region...

Wenn die Arbeiter, die Bauern und Hausfrauen aus der Schwandorfer Gegend sich auf den Weg in den Taxöldener Forst machen, dann haben sie gute Gründe dafür. Es geht ihnen um nicht weniger als um die Gesundheit und das Leben ihrer Familien.

Wenn die WAA in Betrieb geht, dann steht eine Anlage vor ihrer Haustür, von der sogar die DWK, der Bauherr der WAA, zugibt, daß sie bei „planmäßigem“ Betrieb so viel Radioaktivität abgeben wird wie zwölf Kernkraftwerke der Sorte, wie sie bisher hier noch gebaut werden.

Und wenn die Oberpfälzer nach Windscale sehen in England oder nach La Hague in Frankreich, dann spätestens wissen sie, was die Stunde geschlagen hat. Denn dort, wo das Material für die Atombomben dieser Länder erzeugt wird, werden unvorstellbare Mengen Radioaktivität ins nahe Meer geleitet. In Windscale/Sellafield bis heute z. B. 7 Zentner (!) Plutonium, also jenes Stoffes, dessen Gesundheitsschädlichkeit man in Millionstel Gramm mißt, und der schon abgesehen von seiner Radioaktivität zu den stärksten bekannten Giften gehört. (Übrigens: Da sich die Meldungen über Unfälle häuften, wurde der Name Windscale einfach geändert. Es gibt kein berichtigtes Windscale mehr – Sellafield heißt es jetzt. Es wird wohl nicht lange dauern, bis auch dieser Name ersetzt werden muß.)

Schon in Windscale ging die Rechnung der Giftverdünner nur teilweise auf. Wird mittlerweile auch schon Plutonium in Grönland gefunden, so blieben doch 85 % der Radioaktivität in der Provinz hängen. Die Folgen sind offiziell erst seit 3 Jahren bekannt, als die erste (!) zu diesem Zweck eingesetzte ärztliche Untersuchungskommission am 23. 7. 84 der britischen Regierung ihren Bericht vorlegte: U. a. eine „enorme Häufung“ von Blutkrebs, gerade bei Kindern, in der Umgebung von Windscale/Sellafield. Der menschliche, vor allem aufwachsende Körper baut radioaktive Schwermetalle wie Plutonium oder Strontium-90 anstelle von Eisen dort im Knochenmark ein, wo das Blut gebildet wird.

... von der CSU legalisiert

In Wackersdorf gibt es keine Atlantikküste. Wohl aber eine Grenze. Statt des berichtigten Rohrs ins Meer soll ein 200 m hoher Kamin das tödliche Gift bei günstigen Winden in die CSSR verblasen. Und weil Experten mittlerweile festgestellt haben, daß der „Erfolg“ des Giftexports ebenso zweifelhaft sein wird wie in Sellafield, also der Löwenanteil auch in Wackersdorf in der Provinz hängenbleiben wird, trifft CSU-Zimmermann die entsprechenden

Maßnahmen: Die Strahlenschutzgesetze, ohnehin so ziemlich die laxesten in der Welt (siehe Kasten), werden weiter demontiert. Da wird das radioaktive Strontium-90 als „weniger gesundheitsschädlich“ eingestuft als zuvor schon, und trotz der Forschungsergebnisse der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) wird der Grenzwert für Plutonium 5mal höher angesetzt, als dort verlangt. „Vertrauensbildende Maßnahmen“ der CSU, die sich nicht genug entsetzen kann über das verlorene Vertrauen der Bürger in den Staat. Und um wessen Staat und wessen Gesetze es sich hierbei dreht, wird unverschämter denn je verkündet: Da das Maß aller Dinge bei den heutigen Herren der Großindustrie nun mal nicht Gesundheit und Menschenleben ist, nicht die bestmögliche Nutzung der Atomenergie zum Wohle der Menschheit, sondern bare Münze, wird nach Zimmermanns Strahlen„schutz“gesetzten nunmehr nicht mehr verlangt, die Strahlenbelastung „so gering wie möglich zu halten“. In Wackersdorf und anderswo kann in Zukunft ganz legal kalkuliert werden, was die Gesundheit der Menschen die Konzerne kosten darf, im Gesetzestext „unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit“ (FR, 3. 3. 86).

Das Verhältnis kennen wir: 2900 Tote, 175 000 Verkrüppelte, 1,8 Millionen Verletzte jährlich in der BRD durch Arbeitsunfälle auf der einen Seite – und Milliardenprofite bei den Konzernen auf der anderen Seite.

Vernunft in unserer Zeit

Der CSU-bayerische Umweltminister Dick beiläufig, den Zeichen der Zeit folgend, denn auch zu verkünden, man werde die Strahlenbelastung keineswegs so gering wie möglich halten, sondern „so gering wie vernünftigerweise möglich“ („Bayer. Staatszeitung“, 14. 2. 86). Es geht um Vernunft in Wackersdorf: um jene Vernunft insbesondere, die die höchsten Kräfte des menschlichen Verstandes einsetzte zum vielhunderttausendfachen Massenmord, in Nagasaki und Hi-

Strahlenschutzbestimmungen der BRD - so ziemlich die Laxesten der Welt

Erlaubte Dosis	Ganzer Körper	Schild-drüse	Knochen
BRD	30	90	180
USA	25	75	25

roshima. Um jene Vernunft, über die der zweite Atomminister der BRD — es gab nur zwei und der erste hieß Strauß — in einem Büchlein namens „Vernunft in unserer Zeit“ 1962 folgendes zu sagen wußte:

„...so wäre es Selbstbetrug annehmen zu wollen, daß der Wille zum Atomwaffenbesitz nicht auch Wege fände, ihn zu erreichen... Die Nationen, die in der Geschichte zu spät oder zu kurz gekommen sind, können hierin eine willkommene Möglichkeit finden, die bisherigen Herren der Welt abzulösen.“

Diese Pläne der herrschenden Vernunft aus dem Munde eines, der es wissen muß — der Atomminister Balke kam direkt aus den Chefetagen des IG-Farben-Nachfolgers Hoechst —, sind inzwischen vom Willen zur Wirklichkeit gereift. Die westdeutsche Atombombe, die nicht nur Balke damals forderte — oberster Wortführer blieb Strauß — fordert heute keiner mehr. Man baut sie. Weltweit.

Die deutsche Atombombe in Brasilien

In Brasilien witterte 1969 Westdeutschlands Atomindustrie Geschäft, als die USA die Militärjunta wieder heimgeschickt hatten, als diese den Bau einer Urananreicherungsanlage anfragte — sprich der Bombe. Prompt kam es am 9. Juni desselben Jahres zu einem staatlichen „Abkommen über wissenschaftliche und technische Kooperation“ zwischen BRD und Brasilien. Es ging in der Folge um Atomreakorteknik, Urananreicherung nach dem westdeutschen Trenndüsen-Verfahren, Plutonium-Chemie (WAA) sowie um Entwicklung weitreichender militärischer Raketen. So, daß schon das Jahr darauf die „Sunday Times“ berichtete, „daß die Deutschen in Brasilien Entwicklungen durchführen, die sicher nicht die Billigung der Weltöffentlichkeit fänden, falls sie in Deutschland durchgeführt würden“. Womit sie den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Nachdem die brasilianischen Militärs sechs Jahre Zeit hatten, Fähigkeit und Lieferwilligkeit der westdeutschen Atom- und Raketenindustrie zu begut-

achten, wurde am 27. 6. 75 der große Coup gelandet: das staatliche Rahmenabkommen „über die Zusammenarbeit Brasiliens und der BRD bei der Nutzung der Kernenergie“. Dieses bis dahin „größte Geschäft in der Geschichte des deutschen Außenhandels“ (Spiegel, 15. 3. 76) boote die US-Konkurrenz endgültig durch diverse Vertragsklauseln aus — u. a. ein Veto-recht für Siemens (!) über die Nuklearpolitik Brasiliens (Gazeta Mercantil, 22. 8. 79, die Ausgabe wurde beschlagnahmt). Von den ausgehandelten Kernkraftwerken wurde allerdings nur die Zahlung vollendet: Entsprechend dem Finanzvertrag vom Dezember 1975 erhielten die brasilianischen Militärs von 1975–1978 einen Exportkredit von ca. 4 Millionen DM, um Siemens den Bau der versprochenen Atomkraftwerke zu finanzieren. 4 Milliarden, von denen 2 Milliarden direkt aus der Staatskasse (über die staatliche „Kreditanstalt für Wiederaufbau“) und 2 Milliarden von einem Konsortium deutscher Banken, bis auf den letzten Pfennig abgesichert durch Staatsbürgschaften, kamen. — Das heißt, 4 Milliarden aus unserer Tasche und unserer Arbeit direkt in die Tasche von Siemens. Da geriet für Siemens und seinen Profit zur Nebensache, was in Brasilien tatsächlich gebaut wird. Und dementsprechend sieht die Wirklichkeit aus:

Was 12 000 Arbeiter, Hunderte von Ingenieuren und Wissenschaftlern in 3jähriger Knochenarbeit in Itaoma, am „Strand des faulen Steins“, bauten, wird niemals dem brasilianischen Volk Strom liefern. Es war im übrigen auch nie dazu gedacht. Wurden schließlich im Vorfeld des „Geschäfts“ bereits gutbezahlte Wissenschaftler zur Fälschung der Berechnungen über das „wasserenergetische Potential“ eingesetzt, um den Bau von Kernkraftwerken im Land der riesigsten Ströme der Erde als „industrielle Entwicklung“ verkaufen zu können.

So steht in Itaoma eine Bauruine von 400 000 qm, das entspricht etwa fünf Münchner Olympiazentren, bebaut mit 1640 Betonpfeilern von 40 m Länge und 2 m Durchmesser, die aus dem Lehm ragen — und mehr nicht. Bis zu 40 jener Betonpfeiler sind nicht erdbebensicher, weil in den Beton Leichen der Bauarbeiter eingegossen wurden, stellten Professoren in verschiedenen Gutachten fest.

Damit waren genug Arbeitskräfte und Menschenleben verausgabt, um 4 Milliarden aus unseren Steuergeldern durch Siemens und das Abpressen ebensovier Milliarden in Form von Lebensmitteln für den Export als Devisen zur Zinsrückzahlung von den brasiliani-

schen Bauern zu rechtfertigen. Das war der eine Teil des „größten Geschäfts“ für die westdeutschen Konzerne.

Auf militärischem Sektor hat sich nämlich gleichzeitig einiges getan: Die Herstellung einer Atombombe in Brasilien ist inzwischen möglich.

Seit Mai 82: Produktion von Urankonzentrat in Poco de Caldas (die BRD hat durch das Abkommen von '75 das Bezugsrecht auf 25 % der Uranvorkommen Brasiliens)

Seit Okt. 82: Betriebsbeginn der Brennelementfabrik in Rezende

Seit 1980: Pilotanlage zur Urananreicherung in Belo Horizonte

1980 — 82 lernen brasilianische Ingenieure in Karlsruhe die westdeutsche Plutonium-Technologie (WAA) kennen.

1982 Der Kernphysiker Cherqueira-Leite enthüllt die Existenz eines militärischen Atombombenforschungsinstituts.

Eine kleine WAA, die den Bombenrohstoff Plutonium heranschafft, existiert auch schon. Die westdeutsche Regierung hat nach einem extra Dementi überhaupt nichts damit zu tun (vgl.: Rudert, Schichl, Seeger: Atomraketen als Entwicklungshilfe, Marburg 1984, S. 68 ff.). Und die „Zusammenarbeit“ BRD–Brasilien auf dem Raketen-sektor hat auch schon Früchte getragen: Zuletzt mit dem erfolgreichen Test der ersten SONDA IV/S-40 mit 600 km Reichweite — einer Mittelstrecken-Rakete also, made by MBB, München.

... in Südafrika

In Südafrika gelang derweil der Schritt von der Möglichkeit zur Wirklichkeit: Am 22. 9. 79 wurde über den zu Südafrika gehörenden Prince-Edward-Inseln während eines geheimen Manövers der südafrikanischen Marine die erste Atombombe made by Germany gezündet (Aufzeichnung eines für eine Atombombenexplosion typischen Doppellichtblitzes durch einen US-Spionagesatelliten. Sprengkraft der Bombe nach diesen Daten: 2–3 kt TNT; Hiroshima: 12 kt TNT).

Seit 1949 gibt es einen regen Austausch von Atomwissenschaftlern zwischen BRD und Südafrika — Namen wie Prof. W.E. Frahn, Dr. H.G. Denkhäus, B. Eisinger, W. Lutsch stehen für Hunderte westdeutscher Experten, die in Südafrika die Wege zur Atombombe für beide Staaten ebneten. Und dahinter stehen die einschlägigen Konzerne, wie sie auch in Südamerika und

Asien operieren: Degussa, Hoechst, Mannesmann, Heraeus, Gutehoffnungshütte... und vor allem Siemens, der mit dem Einkauf von Allis Chalmers, einer Ex-US-Tochter, die USA aus Südafrikas Atomindustrie endgültig herausdrängte.

Als einziges Land der Welt unterhält die BRD mit Südafrika ein „Kulturabkommen“. Nicht damit schwarze Kinder Brechts Gedichte lernen, die sind in Südafrika sowieso verboten. Sondern damit weiße südafrikanische Wissenschaftler in Karlsruhe oder bei der bundeseigenen Firma STEAG lernen können, wie man die Atombombe baut:

Als in den siebziger Jahren bekannt wurde, daß die BRD ein gewaltiges Wasserkraftwerk am Sambesi an der Grenze zwischen Sambia und Mozambique bauen würde, gab es viel Kritik am Zweck dieses Projekts, da es weder eine Industrie, die die gewaltigen Elektrizitätsmengen benutzen könnte, in der Nähe gab, noch irgendwelche Pläne dafür, und die Bewohner der Dörfer ringsherum sich ohnehin elektrische Geräte nicht leisten können. Inzwischen ist der Zweck der Anlage klar: Sie liefert 2 Millionen kW Strom nach Valindaba in Südafrika, wo unter strenger Geheimhaltung eine energiezehrende Urananreicherungsanlage gebaut wurde. Die Technologie stammt aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, wo 1972 das Trenndüsenverfahren entwickelt worden war. STEAG kaufte es auf und verkaufte es umgehend an Südafrika. Die Anlage wurde von STEAG, dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und Linde entworfen. Die Trennelemente lieferte MAN Augsburg, GHH (Gutehoffnungshütte) lieferte Kompressoren, Heraeus Köln Spezialventile, Linde Gastrenngeräte...

Mit der Anlage in Valindaba hält Südafrika die Schlüsseltechnologie für den Weg zur Uranbombe des Typs, der in Hiroshima weit über 100 000 Menschen tötete, in der Hand.

... und weltweit

Das waren nur zwei Beispiele für die weltweiten Geschäfte Westdeutschlands mit der Atombombe. Jene, die dereinst im sog. Atomwaffensperrvertrag hoch und heilig versprochen hatten, keine Atomwaffen herzustellen, auch nicht im Ausland, ja nicht einmal „Anreize“ für deren Herstellung irgendwo auf der Welt zu geben, scheren

sich um diesen Vertrag einen Dreck. Das Bombengeschäft blüht: ob in Südamerika (Argentinien, Brasilien), Südafrika oder Asien (Indien, Pakistan, Indonesien). Mit derartiger Kaltblütigkeit operiert die westdeutsche Atomindustrie mit militärischen Schlüsseltechnologien in allen Erdteilen, daß selbst die USA, die dereinst den Sperrvertrag diktierten, um ihren Konkurrenten im Zaun zu halten, immer mehr das Nachsehen haben.

Ein jüngstes Beispiel dafür ist der Export einer militärisch hochbrisanten Schwerwasser-Atomanlage an Argentinien, die Siemens gegenüber der Konkurrenz – hier Kanada – um 1,5 Mrd. DM teurer anbot und dennoch das Geschäft machte, weil Siemens versprach, durch gewisse Manöver die internationalen Kontrollen für die gelieferten Anlagen zu umschiffen, auf denen die Konkurrenz bestanden hatte – spricht: Argentinien den Weg zur Bombe offenzuhalten (Spiegel, 19. 11. 1979).

BRD: Atombombenmacht in Lauerstellung

Dieses weltweite Geschäft mit der Bombe hat Westdeutschland auf „friedlichem“ Weg an ein Industrie-potential an militärischer Atomtechnologie herangebracht, wie es nur einer Atombombenmacht ersten Ranges entspricht. Durch derlei Geschäfte mit dem Export der Bombe, wurde beispielsweise die Plutonium-Chemie – der Umgang mit einem Stoff, der nirgendwo auf der Welt bisher einen nicht unmittelbar militärischen Einsatz hat – zu einem einträglichen Unternehmen. Und in dem Hauptumschlagplatz für Plutonium, in Hanau, hat die BRD dabei mittlerweile selber 12 Tonnen (!) dieses Materials angehäuft, von dem 5 - 10 kg (!) bereits einen Atomsprenksatz ergeben. Das Ergebnis: „Ohnehin gehören zur wirklichen Atommacht weniger die Bombengeheimnisse als vielmehr der Aufbau einer großen Atomindustrie, in der die ‚friedlichen‘ Geheimnisse und das nur in Jahrzehnten anzusammelnde ‚Gewußt wie‘ eine viel größere Rolle spielen ... Die BRD ist deshalb praktisch gegebenenfalls von der Bombe nur zwei bis drei Monate entfernt“ – so die Frankfurter Allgemeine Zeitung schon im August 1979, die sogleich, erschrocken über ihre eigenen

Worte, hinzusetzte: „Hinter dieser Nähe zur Bombe steckt keinerlei Absicht.“ (FAZ 16.8.79) Schon einen Monat später: Testexplosion in Südafrika!

Zwei bis drei Monate – das dürfte eine realistische Schätzung des Zeitraums sein, um „gegebenenfalls“ die vorhandenen Anlagen der Industrie, auf die eigene Massenproduktion von Atomsprenköpfen umzustellen. Daß dies heute noch nicht geschieht, zeigt bestenfalls, daß die BRD noch nicht a k u t – im Zeitraum von Monaten – auf Krieg setzt. Mehr nicht.

Und es wäre nur dumm von ihnen, das letzte Feuilleblatt vorzeitig fallenzulassen. Denn einstweilen schützt sie der verbliebene Rest atomarer Unschuld durch den Atomwaffensperrvertrag, dem sie sich angeblich unterwerfen mußten, noch. Streut Sand in die Augen ihrer Gegner, die heute die Atombomben-Weltbrandstifter in Ost und West suchen und sie vor ihrer Haustür – noch – nicht sehen.

Und derweil vor allen bösen Verdächtigungen geschützt ist der weitere Ausbau der Vorbereitungen für die kommende Atombombensupermacht BRD im vollen Gange: In Gronau wurde letztes Jahr der Betrieb einer eigenen Urananreicherungsanlage aufgenommen, die nicht nur das hochangereicherte Bombenuran produzieren kann, sondern aufgrund des eingesetzten Zentrifugenverfahrens auch in der Lage ist, Reaktorplutonium in hochreines Bombenplutonium aufzuarbeiten. Und zu eben diesen Vorbereitungen gehört auch Wackersdorf, wo die geplante WAA nach ihrer Fertigstellung Jahr für Jahr die schon vorhandenen Plutoniumvorräte, die bislang auf dem „freien Markt“ zusammengekauft wurden, durch Eigenproduktion um weitere 3 Tonnen (!) jährlich aufstocken soll.

Deutsche Raketen für deutsche Bomben

Und während dergestalt die industriellen Grundlagen für die künftige Massenproduktion von Atomsprenköpfen zügig weiter ausgebaut werden, läuft gleichzeitig die Entwicklung von geeigneten Trägerwaffen, um die Bomben in ihre Ziele zu tragen, auf Hochtouren. Nicht genug, daß sich die BRD mit dem „Tornado“ einen strategi-

schen Atombomber in Eigenproduktion verschafft hat, mit einem Aktionsradius (Hin- und Rückflug ohne Nachtanken in der Luft) von 2500 km, elektronischer Geländeanpassung (damit radarunsichtbar) und Überschallgeschwindigkeit. Eine Entwicklung, die eigentlich durch die Westeuropäische Union (WEU) verboten gewesen wäre, und für die die Kooperation mit Großbritannien und die Deklaration zum „Mehrzweckflugzeug“ als bescheidenes Deckmäntelchen herhalten mußte.

Auch auf dem Gebiet der Raketentechnik macht sich das westdeutsche Kapital mehr und mehr unabhängig. Wurden noch durch den Nachrüstungsbeschluß die Stationierung von 96 Marschflugkörpern unter NATO-Kontrolle und aus US-Produktion ab 1985 beschlossen, so wird die Bundeswehr selbst ab 1992 mit der Stationierung von 500 dieser elektronischen Nachfahren der V2-Rakete beginnen, die bei MBB produziert werden (Typ LR-So 11).

Und auch damit nicht genug: Seit 1980 läuft bei der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) ein Entwicklungsprogramm über „Marschflugkörper großer Transportleistungen“, in dem es um Cruise Missiles mit 2,5facher Schallgeschwindigkeit geht. Und auf dem Gebiet der ballistischen Raketen ist längst die alte „Raketenlücke“ überwunden. Nicht genug, daß die Entwicklung einer Mittelstreckentrakete durch MBB in Brasilien 1984

abgeschlossen wurde und kurze Zeit darauf – am 27.6.84 – die BRD das bis dahin bestehende Verbot der WEU, keine weitreichenden Raketen produzieren zu dürfen – aufheben ließ. Gebestellt wird – immer noch im geheimen und im Ausland – längst an Interkontinentalraketen, die nicht nur die Sowjetunion im letzten Winkel, sondern auch den Rivalen USA überstreichen können:

Schon Mitte der 70er Jahre gründete ein gewisser Lutz Kaiser, ein engster Mitarbeiter des Nazi-Raketendonners Sänger, in Neu-Isenburg bei Frankfurt eine kleine Firma namens OTRAG. Dem Grundkapital von 1 Million DM folgten umgehend Zuwendungen anonymer Finanziers von 173 Millionen DM. OTRAG schloß mit dem Staat Zaire einen Pachtvertrag über ein Raketenstestgelände mit 100 000 qkm, das ist so groß wie Bayern und Baden-Württemberg zusammengenommen. OTRAG durfte eigene bewaffnete Wachmannschaften unterhalten, ihre Mitarbeiter genossen volle diplomatische Immunität, sie hatte in ihrem Pachtgebiet die uneingeschränkte Möglichkeit zur Umsiedlung sämtlicher Ureinwohner und Abtragung ganzer Bergzüge erhalten. OTRAG testet nicht nur im Auftrag von MBB die Cruise-Missile-Entwicklung einer Rakete namens 3-6 P2, die vergleichbar mit der US-„Minuteman“ sein soll – eine Interkontinentalrakete also. Was Anlaß genug für die Sowjetunion war, bisher eigens zwei Satelliten zur Überwachung dieses Geländes in den

Weltraum zu schießen. (Einen ausführlichen Bericht über OTRAG siehe „Süddeutsche Zeitung“, 20.12.1985, insbes. Aussagen von Prof. H. Ruppe, TU München, ebd.; „RadiAktiv“, bayrisches Atommagazin, 4/85.)

Die Atombombe braucht einen starken Mann

Für diesen Aufbau der Atombombenmacht BRD hat sich vom ersten Moment an bis heute ein Mann zuvorderst dienstbar gemacht: Strauß.

– Strauß ist es heute, der in Bayern mit brutaler Polizeigewalt – Massenfestnahmen bei Demonstrationen in München und Wackersdorf, Massen-„vorbeugehaft“ – den Bau der Plutoniumfabrik in Wackersdorf durchsetzen läßt und notfalls dafür auch die Gesetze ändert. Zum Beispiel das „Entmachtungsgesetz“ gegen SPD-Landrat Hans Schuirer: Er hatte sich im Herbst 84 geweigert, die seiner Meinung nach unvollständigen und falschen Unterlagen zur WAA zu unterschreiben. Die CSU boxte daraufhin im Juli 85 mit ihrer Landtagsmehrheit eine „Änderung des bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes“ durch (Lex Schuirer). Damit kann der Innenminister die bisherigen Kompetenzen der Landräte außer Kraft setzen, wenn diese den Weisungen nicht folgen („Selbsteintrittsrecht“).

– Die Kontaktstelle der Kreise um Strauß mit den Faschisten aller Länder, die CSU-„Hanns-Seidel-Stiftung“ ist es, die die „erfahrenen“ bayerischen Terrortruppen der Polizei zum Aufbau ebensolcher Einheiten nach Zaire schickt (SZ, 6. 7. 83), und wo sonst die deutschen Konzerne etwas zu schützen haben.

– Strauß-Statthalter in Bonn, Zimmermann, ist es, der die Strahlenschutzgesetze zu frisieren hat, das Demonstrationsrecht auf den Stand des preußischen Polizeistaats von 1871 zu verordnen hat.

– Strauß ist es heute, der für das politische „ruhige Klima“ in Bayern zuständig ist, das die Rüstungsschmieden des künftigen (Atom-)kriegs brauchen: Kein Wunder, daß der Atomindustrie- und Elektronikgigant Siemens, die



F.J. Strauß als hochdotierter Gast des zairischen Diktators Mobutu.



Die Polizei stellt am 12. Oktober 1985 nach der Großdemonstration gegen die WAA das „ruhige Klima“ her, für das Bayern so berühmt ist: durch Belagerung eines ganzen Stadtteils und Festnahme der WAA-Gegner.

selbstgeklärte „Leitfirma für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie“ MBB, der Tornado-Turbinenhersteller MTU, Krauss-Maffei (Leopard-Kampfpanzer) ... in München angesiedelt sind, Dornier und die DFLVR dicht daneben. Jeder zweite Rüstungsauftrag geht heute nach Bayern, 80 % davon nach München.

– Strauß selbst sitzt im Aufsichtsrat von MBB, das Land Bayern hält 25 % des Aktienkapitals dieses zweitgrößten Rüstungskonzerns.

– Strauß selbst agiert weltweit für die Operationen der Konzerne – besonders wenn es um Rüstung geht („90 % meiner Besucher sind Waffenhändler“). Diese Schlüsselrolle von Strauß kommt nicht von ungefähr. Strauß agiert seit nunmehr 30 Jahren als der Mann der westdeutschen Atomausrüstung und der sie betreibenden Konzerne:

1955 – Strauß erster Atomminister der BRD

1955 wurde das Gesetz, das der Bundesrepublik die Atomforschung und -entwicklung verbot, aufgehoben. Die Konzerne drängen auf staatliche Unterstützung der Atomindustrie: Hoechst-Direktor Winnacker im September 55: „Man kann diese Aufgabe nicht dadurch abwälzen, daß man erklärt, die Industrie müsse diese Mittel aufreiben. Die Öffentlichkeit und der Staat haben die Aufgabe, die grundsätzlichen Voraussetzungen auf diesem Gebiet zu schaffen.“

Adenauer „schafft“ das „Atomministerium“ mit dem „Atomminister“ Strauß. Aufgabe von Strauß: Verteilung der verlangten Steuergelder in Milliardenhöhe für den Aufbau der Atomindustrie. Einsetzung einer Atomkommission, Zusammensetzung: 16 Vertreter der am Atomgeschäft interessierten mächtigsten Konzerne (u. a. Hoechst, Bayer, Siemens, AEG, Degussa, Demag, BBC, GHH, Mannesmann, RWE, Esso...), sieben Wissenschaftler – die meisten darunter haben sich durch die Mitarbeit am Atomprojekt der Faschisten profiliert. Der Atomminister selber war natürlich mit von der Partie. Er umriß die Arbeit der Kommission als „eine Art Gentlemen

Agreement". Dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber wurde die Arbeit streng vertraulich behandelt.

Strauß erklärte am Ende seiner Amtszeit als Atomminister: „Er habe sicherlich gut daran getan, die in den verschiedenen Gremien der Atomkommission erarbeiteten Beratungsergebnisse einfach zu übernehmen.“

1956 – Strauß als (Atom-) Kriegsmminister

Nach einem Jahr als treuer Vertreter der Monopole wird Strauß ins Kriegsministerium auf die Hardthöhe abkommandiert, um Minister Blank zu verdrängen, weil der nach Ansicht des Deutsche-Bank-Chefs Abs nicht entschlossen genug die Atombewaffnung der Bundeswehr vorangetrieben hatte. Anders Strauß: Kaum im Amt, beeilt er sich festzustellen: „Der Verzicht der BRD in den Pariser Verträgen auf die Produktion von Atomwaffen bleibt gültig. Davon wird die Frage nicht berührt, ob den deutschen Streitkräften etwa Atomwaffen aus der Produktion anderer Atlantik-Pakt-Staaten zur Verfügung gestellt werden.“ (Strauß in London, nach FAZ, 18. 10. 56) Ein halbes Jahr später, schon dreister: „Obwohl es Deutschland nach dem Pariser Abkommen nicht gestattet ist, Atomwaffen zu produzieren, ... (gibt) es keine gesetzlichen Beschränkungen für Forschungsarbeiten für den Bau solcher Waffen oder ihren Entwurf auf dem Reißbrett.“ (Strauß in USA, nach FAZ, 13. 4. 57).

Beides geschah: die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus US-Produktion ab 1958 unter Kriegsminister Strauß, die der Bundestag am 25. 3. 58 zu billigen hatte. Strauß organisierte der neu installierten Atomstreitmacht auch gleich noch im selben Jahr eine entsprechende Trägerwaffe: den Starfighter, den er vom leichten Jäger zum Atombombenträger umrüstete, und von dem er, ohne eine Erprobung des Umbaus abzuwarten, gleich 700 Stück bestellt. Und das alles, um schon 1960 den nächsten Schritt zu tun: die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen „Polaris“ zu fordern. „Wenn die jetzt in den USA bestätigten Pläne unserer Ausrüstung durchgeführt sein werden, dann wird Moskau bald wieder in der Reichweite deutscher Waffen liegen“ (Percy

Stulz, „Schlaglicht Atom“, Berlin 1973, S. 337), frohlockt er – zu früh. Denn die USA ziehen ihre Zustimmung zurück. Strauß tobt: „Die NATO ist in Gefahr auseinanderzubrechen, wenn nicht ... die USA das Mitspracherecht über Atomwaffen auf eine vierte Atommacht ausdehnen“, beschreibt FAZ-Kommentator Weinstein das Auftreten von Strauß auf der folgenden NATO-Tagung. Doch die USA erkennen in dem von ihnen der einst als Bollwerk gegen den Osten hochgepöbelten deutschen Militarismus zunehmend einen neuen ernstzunehmenden Konkurrenten.

... ein „neues Versailles“ ...

Am 17. Oktober 1965 legen die USA den ersten Vertragstext des „Atomwaffensperrvertrags“ vor. Sie haben auch allen Grund dazu. Denn die von Strauß angekündigten „Forschungsarbeiten“ und der „Entwurf auf dem Reißbrett“ sind nahe davor, zur Produktion der Bombe zu werden. So steht zum Beispiel die Fertigstellung eines Plutonium-Produktionsreaktors in Karlsruhe nahe bevor. Und die 1954 abgegebene Verzichtserklärung Adenauers wurde ja ohnehin nie ernstgenommen.

Adenauer selbst berichtete: „Als ich die Erklärung abgegeben hatte, erhob sich Dulles (USA) und sagte mit lauter Stimme, die jedermann im Saal hören konnte: ‚Herr Bundeskanzler, Sie haben gerade erklärt, daß die BRD wünscht, auf die Herstellung von ABC-Waffen auf ihrem eigenen Territorium zu verzichten. Aber Sie meinten mit dieser Erklärung – wie bei allen Erklärungen und Verpflichtungen des internationalen Rechts –, daß sie nur rebus sic stantibus (solange die Dinge so stehen) gelten.‘ Ich erwiderte ebenfalls mit lauter Stimme: ‚Sie haben meine Erklärung korrekt interpretiert.‘“ (Percy Stulz, ebenda, S. 359)

25 Jahre später, am 28. 2. 69 unterzeichnete die Brandt-Regierung den Atomwaffensperrvertrag, um erneut hoch und heilig zu versichern, keine Atomwaffen irgendwo auf der Welt herzustellen, sich daran zu beteiligen, oder auch nur „Anreize“ dazu zu geben. Was von derlei Verträgen, ob in Bonn, Genf, London, Warschau oder Helsinki abgegeben, zu halten ist, haben wir gesehen. Die Hoffnung, die deutsche Kriegsindustrie durch Verträge und Abkommen irgendwelcher Regierungen im Zaum zu halten, ist und war schon immer eine trügerische Illusion. Strauß nannte diesen Vertrag ein „Versailles von kosmischen Ausmaßen“. In den Pariser Verträgen mußte der Verlierer des 1. Weltkriegs u. a. den Verzicht auf jede größere Rüstungsproduktion erklären. Im geheimen natürlich und im Ausland wurde sie dennoch vorbereitet. Und es dauerte damals gerade 6 Jahre vom offenen Bruch dieser Verträge, bis der deutsche Militarismus eine Streitmacht aufgebaut hatte, um die halbe Welt in Schutt und Asche zu legen.

Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist dazu verdammt, sie noch einmal durchzumachen – in „kosmischen Ausmaßen“.

Literatur:

Percy Stulz, „Schlaglicht Atom“. Berlin, DDR, 1973
Kurt Rudolf Mirow, „Das Atomgeschäft mit Brasilien“, 1980
Rudert, Schichl, Seeger, „Atomraketen als Entwicklungshilfe“, Marburg 1984
„Eigentum vernichtet. Atomenergie im Würgegriff der Konzerne“. Broschüre des Kommunistischen Hochschulbundes 1986

Dieser Artikel wurde uns von Peter Scheinost, Student der Mathematik und Physik, Mitglied im Kommunistischen Hochschulbund geschrieben. Die darin enthaltenen Fakten und Recherchen sind aus einer soeben erschienenen Broschüre des Kommunistischen Hochschulbundes mit dem Titel „Eigentum vernichtet. Atomenergie im Würgegriff der Konzerne“ entnommen. Siehe nebenstehende Anzeige!

Preis 3,- DM + Porto zu bestellen bei:
Peter Scheinost, Stelznerstr. 7,
8000 München 71



Die Ordnung in den Atombunkern will weismachen, daß auch die nächste Katastrophe nur eine Frage der Organisation ist.

Ohne Ordnung kein Krieg

Ohne Ordnung kein Krieg

Die deutschen Beamten sind für ihre Gründlichkeit bekannt, besonders für eine hirnlöse Gründlichkeit. So nimmt es kein Wunder, wenn diese hirnlöse Gründlichkeit auch bei den Kultusministern der Länder zum Vorschein kommt. Diesmal tat sich der niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oszchatz (CDU) hervor.

Im Rahmen der Wintex-Climax-Übung 85 (geübt wird die Umstellung der gesamten Gesellschaft von Friedens- auf Kriegszeiten) vermißte er Ernstfallvorschriften für den Schulunterricht und stellte seinen Kultusministerkollegen in einem Rundschreiben die Frage, wann sie denn gedächten, den Unterricht einzustellen. Ohne den Antworten der Kultusminister Maier (Bayern) und Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg) vorgreifen zu wollen, möchten wir darauf hinweisen, daß sich die Frage eventuell von selbst erledigt, weil die Lehrer — wie alle Beamten — dienstverpflichtet werden sollen und

im Ernstfall zum Beispiel für die Verteilung der Lebensmittelscheine vorgesehen sind.

Auch wenn die Übergründlichkeit von Georg-Berndt Oszchatz keine tiefgreifenden Konsequenzen haben wird, wollen wir im Anschluß aufzeigen, mit welchen existierenden Gesetzen für den Ernstfall die Bundesrepublik gedenkt, den Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu führen:

Die Sicherstellungsgesetze

1965, drei Jahre vor Verabschiedung der Notstandsgesetze, passierten eine Reihe von Sicherstellungsgesetzen den Bundestag, die Vorsorge treffen sollten für die „Deckung des materiellen Bedarfs der Verteidigung“.

Das Ernährungssicherstellungsgesetz

beginnt mit den Worten: „Um die für den Zweck der Verteidigung, insbesondere zur Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte erforderliche Versorgung mit Erzeugnis-

sen der Ernährungs- und Landwirtschaft ... sicherzustellen, können Vorschriften erlassen werden ...“, die Produktion, Verteilung, Ablieferungszwang, Preise, etc. regeln. Diese Vorschriften können jederzeit erlassen werden, „um eine Gefährdung der Versorgung zu beheben oder zu verhindern“.

Weiterer wesentlicher Punkt des Ernährungssicherstellungsgesetzes ist die Vorratshaltung. Ein großes Problem der deutschen Armee im II. Weltkrieg war die Versorgung mit Fetten. Mit dem Butterberg wurde hier ein großzügiger Vorrat angelegt. Ansonsten existiert ein 30-Tage Vorrat „verzehrbarer Lebensmittel“ in der „Zivilen Verteidigungsreserve“.

Das Ernährungssicherstellungsgesetz schafft auch bereits die Grundlage für die Verteilung der Nahrungsmittel in Kriegszeiten, sprich die traditionelle Lebensmittelkarte. Diese Bezugsscheine sind bereits gedruckt und liegen zur Verteilung bereit: „Für die Ausgabe von Versorgungskarten (...) sind nach

Gesetz
Die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen
des Berg- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft
(Ernährungssicherstellungsgesetz)

Vom 24. August 1965

Sammlung des Bundes

Bundesgesetzblatt

2305

Z 5702 AX

Gesetz
zur Sicherstellung von Arbeitsleistungen für Zwecke der Verteidigung
einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung
(Arbeitssicherstellungsgesetz)

Vom 9. Juli 1968

Gesetz
über die Erweiterung des Katastrophenschutzes

Vom 9. Juli 19

Gesetz
zur Sicherstellung des Verkehrs
(Verkehrssicherstellungsgesetz)

Vom 24. August 1965

Gesetz
über die Sicherstellung der Versorgung
auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft
(Wassersicherstellungsgesetz)

Vom 24. August 1965

Gesetz
über die Sicherstellung von Leistungen auf
der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und
(Wirtschaftssicherstellungsgesetz)

Vom 24. August 1965

jetzigem Stand die der Bevölkerung bekannten Wahllokale vorgesehen. Das zur Besetzung der Ausgabestellen notwendige Personal muß im Spannungsfall durch Umstrukturierung der Verwaltung freigesetzt werden (...). Von der Maßnahme können auch Lehrer betroffen sein." (Antwort auf eine große Anfrage der GAL-Fraktion in Hamburg).

Eine Ernährungsbewirtschaftungsverordnung von 1979 detailliert bereits die Abgabe von Lebensmitteln z.B. für Milch und unterscheidet zwischen ultrahoch erhitzter Milch, Konsummilch, teilentrahmter Milch und Vollmilch — ob vorbestellt werden muß oder nicht und welche „Einzelabschnitte der Milchkarte“ abzutrennen sind. („Berechtigungsnachweise sind nicht übertragbar“).

Laut Wirtschaftswoche vom 19.2.80 „haben die Ernährungsvorsorge-Beamten aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium die Ausgabe von Lebensmittelkarten schon praktisch geübt. Bisher fanden solche Übungen in Baden-Württemberg und Niedersachsen statt, im nächsten Jahr soll in Rheinland-Pfalz der Gebrauch von Lebensmittelkarten einschließlich der Umstellung von Selbstbedienungsläden auf Thekenbetrieb trainiert werden.“

Das Wirtschaftssicherstellungsgesetz

regelt mit weiteren Gesetzen und Verordnungen die Versorgung der Kriegswirtschaft vor allem mit Rohstoffen und Energie. Es verpflichtet zur Bevorratung von Benzin, Flugbenzin, Heizöl etc. Es beinhaltet die Vertei-

lung über Versorgungskarten und eine Meldepflicht der Unternehmen über ihre eigenen Vorräte an Erdöl und Erdölzeugnissen im In- und Ausland.

Unternehmen können zu bestimmten Leistungen innerhalb bestimmten Fristen gezwungen werden. Vordrucke existieren bereits (Zwangsverpflichtungsbescheid).

Das Wassersicherstellungsgesetz

sichert die Wasserversorgung im Kriegsfall. Es verpflichtet Städte und Landkreise, Notbrunnen anzulegen und für eine netzunabhängige Wasserversorgung zu sorgen.

Das Arbeitssicherstellungsgesetz ('68)

sichert der Kriegswirtschaft die Arbeitskräfte. So dürfen Männer zwischen 18 und 65, Frauen bis 55 ihren Arbeitsplatz nicht kündigen. Frauen können als Schwesternhelferinnen im Lazarett- und Sanitätsdienst verpflichtet werden etc.

Das Verkehrssicherstellungsgesetz

sichert heute bereits Notstromaggregate, Behelfsbrücken, Behelfsstellwerke der Bundesbahn, Nothäfen an der Küste, Sonderfernmeldernetze der Bundespost, (die veranschlagten Kosten alleine für die Sicherung des Fernmeldenetzes der Post betragen 1,4 Milliarden), Autobahnteilstücke als Notfallplätze etc. Der zivile Verkehr ist zugunsten des militärischen völlig ausschaltbar, Fahrzeuge können für militärische Zwecke eingezogen werden. Im Notfall ist eine Enteignung von der Straße weg möglich.

Die Sicherstellung der Bevölkerung

1968 wurden von der Großen Koalition die Notstandsgesetze und das erweiterte Katastrophenschutzgesetz verabschiedet. Das heutige Zivilschutzgesetz besteht derzeit in einer Fassung von 1975.

Die Notstandsgesetze

waren die einschneidendste Änderung des Grundgesetzes seit seinem Bestehen und nur mit Organisationsverboten, Parteiverboten und massivem Polizeieinsatz gegen die deutsche Bevölkerung durchsetzbar. Sie schränken im Falle des äußeren oder „inneren Notstands“ Teile des Grundgesetzes ein (z.B.: Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10), Recht auf Freizügigkeit (Art. 11), freie Berufswahl (Art. 12) etc.) und regeln vor allem den Einsatz von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gegen die Bevölkerung: Es können „Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“ eingesetzt werden (GG Art. 87a).

Die Polizeiaufgabengesetze, die in den letzten Jahren in den Bundesländern verabschiedet worden sind, verdeutlichen die Art, wie gegen die Bevölkerung vorgegangen werden soll. Sie ermöglichen Kontrollstellen, an denen Menschenmengen überprüft werden können und regeln die Ausstattung der Polizei mit Kampfgasen, Maschinenwaffen und Granaten, sowie deren Einsatz gegen Menschenmengen.

Die Leute, die die Deutschen gern als das

„Volk der Dichter und Denker“

bezeichnen, scheren sich um den einfachen Menschen wenig, aber sie sorgen sich um ihr deutsches Kulturgut:

„Kein Staat hat das Recht, das Kulturgut eines anderen Volkes zu zerstören oder an sich zu bringen. Dies blieb jedoch bei kriegerischen Auseinandersetzungen bisher weitgehend unbeachtet.“



„Dieses Emblem ist das international verbindliche Kulturschutzzeichen. Es hat den Sinn und Zweck, die Respektierung und den Schutz von unbeweglichem Kulturgut im Falle bewaffneter Konflikte zu gewährleisten – vergl. Art 4, 6 und 16 der Haager Konvention.“ (Aus einer Broschüre des Bundesamtes für Zivilschutz).

In Münchens Zentrum hängt dieses Zeichen an jedem zweiten alten Gebäude – welche Illusion. Auch Menschen werden „geschützt“, insofern sie mit dem Schutz von Kulturgut betraut sind.

Flüchtlingen auf den Straßen nicht anders Herr werden konnten, als sie durch die Panzer von den Straßen zu fegen“. (Helmut Schmidt 1958 über das NATO Planspiel „Lion Bleu“).

Eine wichtige Rolle bei der „Versorgung“ der Bevölkerung nehmen die Herren Mediziner ein (Gesundheitssicherstellung). Ihre Aufgabe ist es, die Kranken zu sortieren, Schwerverletzte als nicht zu behandelnde auszusortieren. „Nicht der Schwerverwundete in akuter Lebensgefahr und nicht der Leichtverwundete, der vorübergehend noch am Gefecht teilnehmen könnte, haben Vorrang, sondern der Verwundete, dessen Leben und Gesundheit zu retten sind, wenn er bald in geeignete fachärztliche Behandlung kommt.“ Da man befürchtet, daß nicht viele Ärzte zu dieser Trennung (Triage) bereit sind, können sie dazu zwangsverpflichtet werden. Bereits heute verpflichtet werden Frauen, die beim Roten Kreuz (sollte eigentlich Braunes Kreuz heißen) einen Schwesternhelferinnenkurs belegen. Per Unterschrift müssen sie sich entscheiden, ob sie im Ernstfall in ein mobiles Lazarett oder in ein stationäres Krankenhaus gehen. Die Notkrankenhäuser existieren auch bereits – unterirdisch, bombensicher – vor der Bevölkerung versteckt, um diese nicht „unnötig“ zu ängstigen.

Um Verscheckte geht es in einer zweiten Rolle der Katastrophenmediziner: „Panikstimmung geht meist von labilen oder zu neurotischen Reaktionen neigenden Soldaten – Panikpersonen – aus und verbreitet sich wie eine Infektionskrankheit schnell weiter.“ „Beim Einsatz von Atombomben muß damit gerechnet werden, daß auch Personenkreise abartig reagieren, die sich bisher bei Belastung unauffällig verhalten haben.“ „Äußerliche Merkmale einer (...) Panikbereitschaft sind unter anderem häufige wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widersetzlichkeiten, Sachbeschädigung, rücksichtslose Verfolgung von Minderheiten und grober Vandalismus.“ (Militärmediziner Brinkmann, zitiert nach Konkret 5/81). Diese Analysen sind nicht nur die graue Theorie der Katastrophenkongresse, sondern es wird bereits vorgebeugt. In den Notkrankenhäusern werden bereits die Beruhigungsmittel gebunkert. Laut einer öffentlichen Ausschreibung des Bundesministers des Innern 1982 wurde an Sanitätsmaterial für den Zivilschutz bestellt: 342 000 Spritzampullen 10 mg Valium (Beruhigungsmittel), 2 010 000 Tabletten Valium 2 mg, 103 000 Spritzampullen Droperidol (Psychopharmaka).

Katastrophen und Zivilschutzgesetz

regeln die „Versorgung“ der Zivilbevölkerung mit Schutzräumen Medikamenten etc. CSU-Innenminister Zimmermann, hat derzeit ein neues Zivilschutzgesetz fertig in der Schublade, das auch die seit 1982 existierenden Entwürfe zu einem Gesundheitssicherungsgesetz beinhaltet.

Das neue Zivilschutzgesetz kennt erstmals (wieder) einen „Selbstschutzberater“, der für den Wohnbereich Beschreibungen erstellt und den Kontakt zur Zivilbevölkerung hält. Damit wäre der Blockwart wieder eingeführt, dank moderner Computertechnik und der neuen Zusammenarbeitsgesetze (sie erlauben den ungehinderten Datenaustausch zwischen Behörden, Polizei und Geheimdiensten) jedoch wesentlich effektiver, als die Schnüffler von damals.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Verbleib der Zivilbevölkerung. Bei den nicht dienstverpflichteten Personen wird ein Flüchtlingsstrom Richtung Süden und Westen erwartet. Da die Zivilbevölkerung für die Aufrechterhaltung der Produktion und als taktische Manövierrasse benötigt wird, muß diese Flucht verhindert werden. Dazu ist es laut Gesetz möglich:

- die Grenzen zu schließen
- die Benutzung bestimmter Straßen (z.B. Autobahnen) und die Benutzung von Autos zu verbieten (Verkehrssicherstellung)
- öffentliche Verkehrsmittel für den zivilen Verkehr zu sperren (z.B. Eisenbahnverkehrsleitungsverordnung von 1976)
- die Aufenthaltserlaubnis auf den Wohnort zu beschränken (Zivilschutzgesetz).

Trotz Verboten rechnet man mit massiven Flüchtlingsströmen, die die Autobahnen verstopfen könnten. Das Bundesamt für Zivilschutz in Bonn legte bereits eine Straßenkarte mit den zu erwartenden Fluchtbewegungen an, säuberlich getrennt nach deutschen und „Gastarbeiter“-Flüchtlingen. Für dieses Szenario gibt es bereits Pläne der Polizei mit Auffanglinien, Lenk- und Sperrpunkten.

Stirb zu Hause

„Die Bundesregierung und der Senat gehen von dem Grundsatz aus, daß der Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall am besten gewährleistet werden kann, wenn jeder Bürger an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsort verbleibt. Bei einem fluchtartigen Verlassen der Wohnorte würde sich die Bevölkerung großer Gefahren aussetzen. Auffanglinien und Lenkpunkte wären (...) im Rahmen der Verkehrslenkung zu bilden. Sie würden einer möglichst geordneten Weiterleitung der Flüchtlinge in Aufnahmegebiete dienen.“

(Antworten auf eine Anfrage der GAL-Fraktion in Hamburg)

Was passiert, wenn sich die Flüchtlinge auch nicht an die Anweisungen zur Verkehrslenkung halten? „Offiziere, deutsche Offiziere, die dieses Planspiel vorbereiten mußten, haben dabei geweint! Sie mußten sich nämlich realistisch darauf einstellen, daß sie der Hunderttausende

„Valium, Droperidol und Haloperidol werden benötigt für Kurznarkosen, zur Behandlung von Krampfstörungen und zur Behandlung akuter Erregungszustände bei Einzelpersonen, die ansonsten sich und andere gefährden.“ (Aus einer Broschüre zum 3. Medizinischen Kongress zur Verhinderung eines Atomkriegs).

Ein Wehrmachtsskamerad Bricksteins 1938 über Panikpersonen:

„Wir wissen, daß dieser linke Flügel der Psychopaten im Krieg als Soldat an der Front nicht verwendet werden konnte, und auf der anderen Seite, daß die Anreicherung der Heimat mit diesen Elementen noch größere Gefahr mit sich gebracht hat, als wenn man sie an der Front verwendet hätte. Wir haben im Krieg erfahren, und besonders am Kriegsende während der Revolution 1918 und in der Räte- und Spartakistenzeit zu spüren bekommen, wie schlimm und wie verheerend sich diese zersetzende Tätigkeit dieses linken Flügels der Psychopaten ausgewirkt hat.“ (zitiert nach Konkret 6/81).

Und alle zwei Jahre wird das Zusammenspiel geprobt

Während der Manöverübung Wintex-Climex im März 1985 spielten 33 Parlamentarier und eine schwer einschätzbare Menge Beamter und Fachleute aus öffentlichen und privaten Unternehmen die zivile Kriegsvorbereitung. Im Regierungsbunker saß das Übungsnorparlament bestehend aus: CDU/CSU: Jenninger, Barzel, Dregger, Marx, Müller (Remscheid), Reddemann, Rühle, Schmitz (Baesweiler), Stücklen, Waigl, Weiskirch SPD: Vogel, Porzner, Apel, Jahn (Marburg), Roth, Westphal, Ehmke, Renger, Kolbow FDP: Mischnik Grüne: Schily

Sie spielten: Die Einführung von Lebensmittelkarten, die Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften, die Beschlagnahme von Fahrzeugen und Gebäuden, Stilllegung privater Telefonanschlüsse, Freimachen von Krankenhausbetten für Kriegsverletzte – als kleine Schmankerl gab es: subversive Aktionen, Versorgungsschwierigkeiten, Fluchtbewegungen, Grenzschießungen etc.

Die Sicherstellung des Kanonenfutters

Noch gibt es keine Kriegsgerichte, doch die Gesetzesvorlagen liegen bereits in den Schubladen der Regierung und proben tun auch sie bereits – die

Militär Richter in spe. Auch die Roben sind bereits geschneidert und die Militärpässe bereits gedruckt für die Richter mit dem „Kampfanzug unter der Robe“ (Aus dem gleichnamigen Buch von Ulrich Vultejus). Außer dem Kampfanzug werden die Richter unter der Robe auch noch eine Waffe tragen, und auch sonst wird einiges anders sein laut dem Entwurf für eine Wehrgerichtsbarkeit: die Strafen sind gegenüber dem Bürgerlichen Gesetz wesentlich verschärft, die Feigheit vor dem Feind wurde wieder eingeführt, es gibt weder Berufung noch Revision, die Verfahren sind kurz, die Richter besonders ausgewählt, Verteidigung und Öffentlichkeit eingeschränkt. Freiheitsstrafen bis zwei Jahre werden zur Bewährung ausgesetzt – man will dem Militär ja nicht die Soldaten nehmen. Doch eins fehlt den Kriegsrichtern noch: die Todesstrafe, denn mit was will man Frontsoldaten noch abschrecken, die schon bereit sind, sich selbst zu verstümmeln (auch das ist ein Vergehen nach dem Gesetzentwurf).

Die Front ist nur dann das geringere Übel, wenn diesem wahrscheinlichen Tod der sichere Tod durch die Kriegsgerichte gegenübersteht. Was die Richter bereits in der Hand haben, sind DM 600,- pro Monat Aufwandsentschädigung – natürlich steuerfrei.

„Dieser Krieg ist ein Krieg gegen dich Prolet“

Kürzlich forderte ein scheidender General wegen der großen Bedeutung der zivilen Verteidigung das Zusammenlegen von ziviler und militärischer Verteidigung in einem Ministerium.

Ersetzt man „Verteidigung“ durch „Krieg“, dann wird dem Krieg gegen das eigene Volk die gleiche Bedeutung beigemessen, wie dem Krieg gegen fremde Völker. Das Vertrauen, das die deutschen Männer im dritten Weltkrieg gehorsam in die Gräber marschieren ließ, scheint recht gering. Die Erfahrung der letzten beiden Weltkriege ist wohl doch nicht so leicht zu verdrängen. Die Angst vor dem heutigen Zerstörungspotential tut ein übriges.

Laut der jüngsten Umfrage einer EG-Kommission fallen die Bundesbürger auf, durch eine ausgeprägte geringe Bereitschaft, im Kriegsfall für ihr Land kämpfen zu wollen. Mit 33 % lagen die Bundesrepublikaner weit unter dem EG-Schnitt (48 %) (FR, 28.1.86). Bei einer etwas älteren Umfrage antworteten auf die ein wenig anders gestellte Frage: ob sich die Bundesrepublik verteidigen soll, wenn sie angegriffen wird, etwa 70 % mit ja.

Offensichtlich ist die prinzipielle Abneigung gegen einen Krieg recht groß. Die Gesetzesmacher haben sich darauf eingestellt, daß die Zahl der Freiwilligen gering sein wird. Sie sind in der Lage, auch gegen den Willen der Menschen Krieg zu führen, zumindest solange, wie 70 % glauben, daß „WIR“ uns verteidigen, wenn Deutschland auf seinen Grenzen von '37 besteht und dafür bereits Maschinengewehre gegen uns an die Polizei ausliefert. Es wissen noch zu wenig Menschen in diesem Land, wer uns auch militärisch angreift – unsere eigenen Herrn – und wen wir angreifen müssen, um uns zu verteidigen.

ÜBER DEN FRIEDEN

1

Viele in unserer Zeit, entsetzt über Greuel des Krieges
Wenden sich heftig und klagend gegen den »kriegerischen Geist« jetzt.

Denn aus solchem Geiste sehen den Krieg sie entspringen
Und ihn bekämpfend vermeinen den Krieg sie zu treffen.
Aber die Kriege entstehen nicht aus kriegerischem Geiste.

2

Freilich, es gibt Liebhaber der Kriege, Fachleute für
Kriege, Handwerker
Leidenschaftlich geneigt diesem Handwerk mit goldenem
Boden.

Diesen gesellt der Friedliche meistens sehr schnell jene Leute
Die den Krieg als nur unvermeidlich erklären
Und ihn keineswegs lieben. Sie nennen ihn Fortführung
Ihrer Politik mit anderen Mitteln

Bertolt Brecht

DIE RETTUNG AUS DEN BERGEN

Mit Bayern gegen Deutschland...

mit Südtirol gegen Italien...

mit Kärnten gegen Österreich...

mit Kroatien gegen Jugoslawien...

... und alle gemeinsam:

Für Strauß und die DEUTSCHE BANK

Wenn in Deutschland von Revanche - also der Revision der Ergebnisse des verlorenen Kriegs - die Rede ist, denken alle nur an Schlesien, Polen, die DDR usw., dabei gibt es noch mehr Gebiete, die der deutsche Imperialismus für sich beanspruchte und beansprucht. Das Gebiet, von dem wir hier sprechen wollen, ist der Südosten Europas. Die Werkzeuge zur Inbesitznahme sind die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) und die Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria (Arge Alp Adria). Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaften sind einzelne Bundesländer der Staaten BRD, Schweiz, Österreich, Jugoslawien, Italien. Für die Bundesrepublik ist das schwarze Bayern vertreten und die Auswahl bei den anderen Ländern war auch nicht besser. Einziges offizielles Gremium der Arge Alp ist die Konferenz der Länderpräsidenten, der deutsche Beitrag: Franz Joseph Strauß ... Doch zunächst ein Blick in die Geschichte und auf die Vorgänger der Arge Alp.

Es ging um Öl ...

Vor dem Ersten Weltkrieg war es vor allem der Alldeutsche Verband, der die Weltmachtziele Deutschlands öffentlich verbreitet. Aus seinem Gründungsauftrag 1891:

1. Belegung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimat und Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegen gesetzten Richtungen.
2. Pflege und Unterstützung deutscher nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.
3. Förderung einer tatkräftigen deutschen Interessenspolitik in Europa und über See. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen.

Nach den Plänen der Alldeutschen für ein Mitteleuropa unter „deutscher

Führung“ reichte dieses Mitteleuropa bis zum Suez-Kanal. Dazu gehörten 1914 die Länder Österreich-Ungarn, Rumänien, Bulgarien und das Osmanische Reich, das damals bis nach Bagdad und ans Rote Meer reichte. Ziel waren die Ölfelder im Nahen Osten, Mittel zur Erschließung der Rohstoffquellen war die Bagdad-Bahn. Träger des Projekts waren die Ottomanische Eisenbahngesellschaft und die DEUTSCHE BANK.

Der Erste Weltkrieg ging verloren, die Einflußsphären im Nahen Osten auch. Es gab ein Verbot für einen Zusammenschluß Deutschlands mit Österreich (das sollte sich später wiederholen), der Alldeutsche Verband mußte aus der Öffentlichkeit verschwinden. Doch zumindestens zwei Dinge sollten bleiben: Erstens die DEUTSCHE BANK und zweitens ihr Interesse am europäischen Südosten. 1938 war es wieder so weit, DEUTSCHE BANK und IG-Farben in einem internen Papier: „Wien ist das Tor zum Südosten“.

... ums Kapital im Südosten ...

Nach dem Ersten Weltkrieg war das Auslandsgeschäft der DEUTSCHEN BANK zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Bis 1938 hatte die DEUTSCHE BANK nur wenige Beteiligungen in ausländischen Bankinstituten. Das änderte sich schlagartig ab dem Jahr 1938. Jeder Eroberung der faschistischen Armee folgte die ökonomische Inbesitznahme und Ausbeutung dieser Länder und Völker. Allen voran durch die DEUTSCHE BANK. Mit jeder deutschen Aggression dehnte die DEUTSCHE BANK ihre Stützpunkte im Ausland schnell aus. Einer der Schwerpunkte war Südost: Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Österreich, Jugoslawien. Das kapitalmäßige „Tor“ nach Südost war die Creditanstalt Bankverein Wien, die größte Geschäftsbank Österreichs mit bereits existierenden Finanzverflechtungen in die

genannten Länder. Später war die Creditanstalt lediglich noch der Strohmann für die DEUTSCHE BANK, über deren Namen diese die Banken der Länder Rumänien, Jugoslawien usw. in Besitz nahm. Die Creditanstalt war ein großer Brocken und das große Fressen der DEUTSCHEN Bank blieb nicht ohne Widersprüche. So schrieb der Staatssekretär und SS-Obergruppenführer Wilhelm Keppler: „DEUTSCHE BANK will rauben, ist mit 20 Mann in Wien angekommen, um die Creditanstalt zu übernehmen“. Führer des gesamten Raubzugs: Hermann Josef Abs. (!)

Jugoslawien - heute über Serbien und Kroatien in der Arge Alp Adria - gehörte auch zu diesem Raubzug. 1939 war der „Allgemeine Jugoslawische Bankverein“ im Besitz von Creditanstalt Bankverein Wien 50,3%, Societe Generale de Belgique 38,8%, Baseler Handelsbank 5,4%, Böhmisches Union-Bank, Prag 4,0%. Als die DEUTSCHE BANK die Aktienmehrheit der Böhmisches Union übernahm, zog Hermann Josef Abs dadurch in den Aufsichtsrat des Allgemeinen Jugoslawischen Bankverein ein. Abs unternahm auch einen Vorstoß bei der Societe Generale, doch diese war zum Verkauf ihrer Anteile vorerst nicht bereit. Das Problem löste sich wie von selbst, als nach dem deutschen Überfall auf Belgien die Societe Generale ihre Anteile auf die Creditanstalt übertrug. So standen Ende 1940 88 % des Jugoslawischen Bankvereins unter Kontrolle der DEUTSCHEN BANK. Die Balkanländer „sollten durch Verstärkung der Handelsbeziehungen zuerst wirtschaftlich, dann politisch ans Reich gebunden werden.“ (Dieser Anspruch sprach zwar vom Leiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, man könnte damit aber auch - wie wir noch sehen werden - die Taktik der Arge Alp beschreiben). Im April 1941 wurde Jugoslawien durch die deutsche Wehrmacht besetzt.

... und wieder ums Öl

Was wollte die DEUTSCHE BANK in Europas Südecke? Natürlich ging es um Ausbeutung, Rohstoffe - um eine Neuverteilung der Welt, und es ging, wie bereits bei der Bagdadbahn, um Öl.

Die Nazis gründeten 1941 die „Kontinental Öl AG“. Sie sollte ein deutsches Ölmonopol für Europa errichten. Kern des Kontinental Öl-Besitzes waren zwei in Rumänien arbeitende Ölgesellschaften, die die DEUTSCHE BANK französischen und belgischen Banken raubte. Karl Blessing (später Bundesbank) leitete die Kontinental Öl, im Aufsichtsrat saß der Südeuropa-Spezialist Abs.

Ein weiteres Zielobjekt der DEUTSCHEN BANK waren die Bodenschätze Jugoslawiens. Die „Mines de Bor“, 1904 von Frankreich gegründet zur Ausbeutung der Kupfererztümer Jugoslawiens, war die wichtigste Kupferbergwerksgesellschaft in Europa. Die „Südost Montan“ kaufte sich die Kontrolle über die Molybdän-Felder Jugoslawiens und den Albanischen Chrom. Für alle Transaktionen, die diese Rohstoffe in deutsche Hand brachte, zeichnete die DEUTSCHE BANK verantwortlich. Folgerichtig wurde H.J. Abs Mitglied beider Aufsichtsräte, von Mines de Bor und Südost Montan.

- auch heute noch!

Auch der zweite Krieg ging verloren. Abs jedoch blieb an der Macht - an der Spitze der DEUTSCHEN BANK. 1969 forderte er in einem Spiegel-Interview eine deutsche Kapitalinitiative, um „eine zweite deutsche Industrie im Ausland“ zu schaffen. Strauß, damals Finanzminister, war zur Stelle: Er erstellte ein „Sofortprogramm zur Förderung von Investitionen im Ausland“ und gründete eine „Deutsche Investitionsförderungsgesellschaft“. Neben den pragmatischen Sofortmaßnahmen legte Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“ eine langfristige Strategie zur Revision der Nachkriegsergebnisse fest: „Mit unserem ökonomischen und militärischen Potential werden wir die Spaltung in Europa überwinden und den Status quo verändern“.

1972 wurde die Arge Alp gegründet, Gründungsväter: der Südtiroler Landeshauptmann Silvio Magnago, der Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer und der damalige bayerische Ministerpräsident Goppel. Der Beitrag der Arge Alp für die Ziele der DEUTSCHEN BANK, neben brutalem Antikommunismus:

- Anbindung der Häfen Venedig, Triest und Rijeka, der Industriegebiete und Rohstoffzone Jugoslawiens
- Autobahn- und Eisenbahnbau zur ökonomischen Erschließung, z.T. gegen den Willen der Zentralregierungen.



Die „Arbeitsgemeinschaft Alpenländer“ und die „Arge Alp-Adria“. Deutschlands Weg zum Mittelmeer – ein Keil nach Südost, über Grenzen hinweg.

Wieder geht es auch um Öl. Diesmal auf dem Seeweg. Dazu Franz Sackmann auf einem „Europasymposium“ der CSU in Meran: „...Die Mittelmeerhäfen gewinnen seit der Wiedereröffnung des Suez-Kanals ... eine immer größere Bedeutung. Die langfristigen Perspektiven, die der Außenhandel mit den Ölförderländern dem gesamten Mitteleuropa über die Alpen nach Süden und Südosten eröffnet, sind so zu verbessern, daß die quantitative Leistungsfähigkeit wesentlich erhöht wird, daß kürzere Transport- und Reisezeiten ermöglicht und die Transportkosten damit erheblich gesenkt werden.“

Doch dem stellen sich bestimmte Hindernisse in den Weg. Jugoslawien ist nach dem Krieg als sozialistischer Staat gegründet worden. Österreich war anfänglich in zwei Besatzungszonen geteilt. 1955 einigten sich die Siegermächte auf ein vereinigt, aber neutrales Österreich. Es kam zum sog. Staatsvertrag, der jegliche „wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland“ verbie-

tet. Der Artikel 4 des Staatsvertrages formuliert das sehr weitreichend:

„Österreich verpflichtet sich, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern, (...) und wird den Bestand und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben (...), verhindern.“

Tatsächlich ist dieser Staatsvertrag schon längst gebrochen worden, genauso wie sich in Jugoslawien schon längst wieder ausländische Kapitalisten tummeln. Trotzdem sind den Zentralregierungen dieser Länder in gewisser Weise die Hände gebunden. Ein direkter Beitritt z.B. zur EG ist ihnen nicht möglich. So kam es zur Sonderkonstruktion der Arge Alp. Die jeweils reaktionärsten Länder der entsprechenden Staaten schlossen sich unter dem Deckmantel kultureller und ökologischer Gemeinsamkeit des Alpenraums zu einem Bündnis zusammen, das Außen- und Innenpolitik betreibt.

Doch nun zunächst zu den einzelnen Mitgliedsländern:

Italien

In Italien sind Südtirol, Lombardei und Trient bei Wahlen die schwarzen Hochburgen im ansonsten roten Norden Italiens. Südtirol nimmt mit seiner deutschsprachigen Majorität eine Sonderstellung in Italien ein: Autonomie, Loslösung vom Zentralstaat sind hier Themen des Tagesgesprächs. Die Faschisten streiten sich nur noch, ob zu Österreich, oder lieber gleich zu Deutschland. In den Traditions- und Schützenverbänden hat sich hier ein ungemein fruchtbarer Boden für reaktionäres und faschistisches Gedankengut gehalten.

„In der Abgeschlossenheit der eingegliederten Kultur hat sich ein nationaler - ein nationalistischer - und auch ein nationalsozialistischer Wortschatz frisch bewahrt, zumindest bei den Älteren. Wer da gleich auf diese Reizworte spöttisch oder „links“ reagiert, verbaut sich das Verständnis für das, was die Leute eigentlich sagen wollen. Wer mit ermutigender Sympathie zuhört, ermutigt aber auch die dunkelste Tradition deutscher Unvernunft. Viele ältere deutsche Feriengäste spüren dieses Dilemma nicht. Im Gegenteil, sie fühlen sich auch deshalb wohl in Südtirol, weil sie hier ihren alten Gefühlen ohne sprachliche Selbstzensur freien Lauf lassen können. (Aus einem Reiseführer Südtirol).“

Mitglied der Tiroler Schützenverbände erscheinen regelmäßig auf den Veranstaltungen der „Deutschen Volksunion“ von Gerhard Frey und in seinem Hefzblatt „Deutscher Anzeiger“. Südtiroler Schützenbundfunktionäre werden als „Freiheitskämpfer“ vorgestellt und zu ihren Idealen interviewt. Z.B.:

Schützenhauptmann Oswald Astfäller, Bezirksobmann im Südtiroler Heimatbund, Gründer und Betreuer der einzigen Jungschützengruppe in ganz Südtirol. In den „16 Fragen an bedeutende und bekannte Persönlichkeiten“ antwortet er u.a. im „Deutschen Anzeiger“:

- Lieblingslied: Deutschlandlied mit allen drei Strophen
- Bedeutendster Politiker der BRD: Franz Josef Strauß
- Wo auf der Welt er am liebsten leben will: „In meiner Heimat Südtirol, ohne die kaum zu ertragende italienische Unterjochung.“

- Welchem Ereignis der Geschichte er gerne beigewohnt hätte: „Dem Einmarsch der deutschen Soldaten 1943 in meine Heimat Südtirol“.

Nachdem er im August 1985 bei der DVU-Veranstaltung in der Nibelungenhalle in Passau den „Andreas-Hofer-Preis“ verliehen bekam, erschien im nächsten Anzeiger eine doppelseitige Laudatio mit der Schlagzeile: „Oswald Astfäller, ein deutscher Held“.

Am 5. März 1978 sprach Strauß auf einer Kundgebung vor 3500 dieser Schützen in Bozen. Er rief zur „Verteidigung der Freiheit gegen den Marxismus“ auf und rühmte die „gute Zusammenarbeit der Schützen des ganzen Alpenraumes“, 20.000 an der Zahl, ein „Bollwerk gegen den Kommunismus“. Diese Schützen des Alpenraumes stellen die größte Privatarmee Europas dar.



Südtiroler Schützenverbände auf dem Parteitag der faschistischen Deutschen Volksunion in Passau, August 1985

Doch auf dem Passauer Parteitag der faschistischen DVU war außer den Südtiroler Schützen noch eine zweite Auslandsdelegation anwesend. Mit der Tafel: „Das deutsche Kärnten grüßt Passau“ lösten sie tosenden Beifall aus. Und damit kommen wir zu

Österreich

In Österreich zeigt sich eine geradezu klassische Trennung zwischen Arge-Alp und Nicht-Arge-Alp Ländern: Der wenig industrialisierte, konservativ-reaktionäre Westen gegen den stärker industrialisierten, sozialdemokrati-

schen Osten mit dem traditionell „roten Wien“.

Seit dem Verfehlen der absoluten Mehrheit der SPÖ und dem folgenden Regierungseintritt der FPÖ 1983 befindet sich die reaktionäre Bewegung in Österreich im Aufwind: Mit der FPÖ sitzt nämlich eine deutschsprachige Partei in der Regierung.

Einige Beispiele:

- Der Kufsteiner FPÖ-Bürgermeister bekennt sich zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“.
- Justizminister Ofner: „Ich habe den Verlust des Krieges durch die deutsche Wehrmacht bedauert. Das deutsche Reich stellt für mich die Heimat dar.“
- Am 11. Mai 1984 nimmt er als Festgast eines „Festkommers“ schlagender Tiroler Burschenschaftler teil. Weitere Festgäste: Norbert Burger, Chef der NDP (Nationaldemokratische Partei, entspricht der NPD), in Italien als Terrorist zu lebenslangem Kerker verurteilt; Schützenkommandant Georg Pircher, der auf seiner Festrede erklärt: „Wenn wir noch weiter auf die Selbstbestimmungen warten müssen, dann werden in Südtirol wieder Blut und Tränen fließen.“

- Handelsminister Steger fordert Österreichs Beitritt in die EG (trotz Staatsvertrag!).

- Heeresminister Frischenschlager, bekannt geworden als er den aus Italien freigelassenen Nazi-Mörder Röder persönlich vom Flughafen abholte und begrüßte. Er setzt sich für die „Eingliederung des österreichischen Bundesheeres in die NATO-Strategie“ ein.

- Die „Kärntner Nachrichten“, Organ der Kärntner FPÖ: „Als Führer im zweiten Weltkrieg benahm sich Hitler ständig wie ein Ehrenmann. Das böse Truimvirat Churchill - Stalin - Rosevelt benahm sich laufend wie faschistische Verschwörer und trügerische Lügner, die sie in Wirklichkeit auch waren.“

In Kärnten befindet sich überhaupt die reaktionärste Ecke in Österreich. Schon 1934, als die Nazis in Österreich einen Putschversuch machten, fanden die schwersten Kämpfe in Kärnten statt. In Wien hieß es damals: „Legen wir um Kärnten einen Stacheldrahtzaun - und das Anhaltelager für Nazis ist fertig.“ Der derzeitige SPÖ(!) Landeshauptmann Wagner rühmt sich heute noch, ein „strammer Hitlerjunge“ gewesen zu sein.

Vor nicht allzu langer Zeit fand man im „Bayernkurier“ Anzeigen wie etwa diese: „In Kärnten Urlaub machen bei Gleichgesinnten.“ Eine Erklärung u.a. ist, daß die Nazis in den dreißiger Jahren - mit Krediten der



„Legen wir um Kärnten einen Stacheldrahtzaun – und das Anhaltelager für Nazis ist fertig.“

DEUTSCHEN BANK - deutsche Bauern in Kärnten ansiedelten, um das Land „deutsch“ zu machen. Diese waren zumeist Mitglieder der illegalen SS und kontrollieren noch heute den Fremdenverkehr an gewissen Kärntner See.

Die BRD

Bayern, das bundesdeutsche Arge-Alp Mitglied spielt in der BRD - wie wir alle wissen - eine reaktionäre Sonderrolle und macht meist Vorreiter beim Abbau demokratischer Rechte, reaktionärer Schulpolitik, Gesetzesverschärfungen im Ausländerrecht etc. Bayern ist Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie, sein Ministerpräsident beliebtester Spendempfehlender der deutschen Industrie (wg. Strauß). Und, was mit Blick auf die Arge Alp besonders bedeutend ist, Bayern ist Exponent einer föderalistischen Politik, einer Betonung der Länderrechte. Diese bayerische Politik reicht bis weit vor den zweiten Weltkrieg zurück: Bayerische Sonderrechte schützten während der Weimarer Republik faschistische Banden wie zum Beispiel die Brigade Erhard vor dem Zugriff der Zentrale, es war das Hinterland für die faschistische Putschbewegung, seine Hauptstadt München wurde logischerweise dann auch zur „Hauptstadt der Bewegung“.

Die „föderalistische“ Politik setzte Bayern auch nach '45 fort. Als einziges Bundesland lehnte es im damaligen Parlamentarischen Rat das Grundgesetz der BRD ab, weil den Ländern zu wenig Rechte gegenüber der Bundesregierung eingeräumt wurden. In Bayern

etablierte sich als einzigem Bundesland nicht die CDU, sondern es kam zur Sondergründung der CSU. Sowohl Eigenständigkeit als auch Zusammenarbeit mit der CDU waren Gründungsentscheidungen der damaligen CSU. Ihre Gründer wollten zwar bundesweit eine reaktionäre Politik, wußten aber, daß dieser reaktionären Politik die Speerspitze genommen werden würde, wenn die CSU in der CDU aufgehen würde.

Solcher Föderalismus spricht Separatismus ist paradoxerweise verbindendes Glied in der Arge Alp. So lobt die reaktionäre Kärntner „Kleine Zeitung“ die Bayern als die Gralshüter des Föderalismus in Europa“. Sozusagen „alpenübergreifend“ sieht das eine Broschüre der Hanns-Seidel-Stiftung über „Probleme der Alpenregion“: „Bei allen (Ländern des mittleren Alpenbogens; die Red.) ist die Eigenständigkeit und das Streben nach einer Delegation von politischer Verantwortung ... stark ausgeprägt.“

Jugoslawien

Sind es in den anderen Ländern die industriell unterentwickelten Regionen, die die Mitgliedsländer stellen, so finden wir im Norden Jugoslawiens (Slowenien und Kroatien) die hochindustrialisierten Gebiete vor. Eine Sonderrolle spielen sie auch deswegen, weil Jugoslawien sich vor 40 Jahren mit Hilfe der Roten Armee vom deutschen Imperialismus befreite und Staaten gründete, die die Ausbeutung ihrer Arbeiter durch Kapitalisten von außen und innen nicht zulassen sollte. Doch schon zu Titos Zeiten wurde dieses

Vorhaben unterwandert. 1965 fand in Jugoslawien eine Wirtschaftsreform statt, die es ausländischen Kapitalgesellschaften erlaubte, in Form von „gemischten Gesellschaften“ zu investieren. Voraussetzung: Die Aktienmehrheit (51 %) bleibt in jugoslawischen Händen. Damit begann die wirtschaftliche Unterwanderung Sloweniens und Kroatiens durch das deutsche Kapital: Daimler-Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz, Bayer-Leverkusen, Thyssen, Hoechst, Volkswagen - um die wichtigsten zu nennen - verschafften sich ein festes Standbein. Die meisten dieser Firmen zählen zum Imperium der DEUTSCHEN BANK.

Die Situation im heutigen Jugoslawien ist folgende: Die Auslandsverschuldung liegt bei ca. 26 Mrd. Dollar, die Inflationsrate bei über 100 % (Spiegel Nr. 36 1985). Innerhalb der letzten 12 Jahre stieg der Preis für 1 DM von 5,9 Dinar auf über 100 Dinar heute. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 13 %, der Lebensstandard sinkt, die Löhne sinken, die Zuwachsraten für den devisenbringenden Außenhandel sind zu niedrig.

Jugoslawien ist nicht mehr in der Lage, seine Kredite pünktlich zurückzuzahlen, es muß beständig auf den Bittgang nach neuen Krediten, Umschuldungsverträgen etc. Das ist die Stunde der Banken, um aus Geld Politik zu machen: Der Internationale Weltwährungsfond (IWF) wird eingeschaltet. Ohne diesen Weltpolizisten der westlichen Banken geht nichts. Erst wenn er den Stempel der Kreditwürdigkeit erteilt, sind auch Bankkonsortien zu Kredit bereit.

Diese Kreditwürdigkeit ist an enge Auflagen geknüpft, die der Internationale Weltwährungsfond den entsprechenden Ländern in geheimen Vereinbarungen auferlegt. Die prinzipiellen Forderungen sind jedoch auch in Bezug auf Jugoslawien bekannt: „Inflationsbekämpfung, Wechselkursanpassung und Marktliberalisierung“ (Handelsblatt 11.12.84).

Die „Wechselkursanpassungen“ führten zum drastischen Wertverlust des Dinar und bewirken den Billigstaatsverkauf jugoslawischer Rohstoffe und Arbeitskräfte an ausländische Käufer.

Die „Inflationsbekämpfung“ bekommen die Arbeiter in Jugoslawien deutlich zu spüren:

- „Unrentable“ Betriebe werden geschlossen, die Arbeitslosigkeit steigt.
- „Seit August dürfen jene Unternehmen, die in roten Zahlen stecken, nur Minimallohne auszahlen, also um 20 - 30 % weniger als zuvor. Diese Restriktion trifft vorerst 8594 Unternehmen mit 1,6 Millionen Beschäftigten.“ (Handelsblatt 5.9.84)

„Marktliberalisierung“ ist ein weiterer Begriff. Konkret bedeutet er für Jugoslawien z.B.:

- Aufhebung der 51%-Klausel für „gemischte Gesellschaften“;
- Aufhebung der Begrenzung für den Rück-Transfer von Gewinnen aus ausländischen Investitionen;
- Aufhebung der gesetzlichen Möglichkeit Jugoslawiens, mit ausländischen Mitteln erworbene Immobilien zu enteignen. (Handelsblatt 5.3.85)

Die Kreditwürdigkeit Jugoslawiens war an die Forderung des Internationalen Weltwährungsfonds geknüpft, daß er halbjährlich die ökonomischen Daten der Betriebe überprüfen und die Einhaltung seiner „Wirtschaftseckdaten“ überwachen kann. Jugoslawien mußte zustimmen und wird kontrolliert: „Der Internationale Weltwährungsfond (IWF) hat im Zeitraum eines Jahres schon zweimal die bereits versprochenen Kredite gesperrt, weil sich die Wirtschaftspolitik nicht an die ausgemachten Auflagen hielten.“ (Spiegel 36/85)

Doch noch ist der Widerstand in Jugoslawien nicht ganz gebrochen. Noch versucht die Zentralregierung sich dem Totalzugriff der Banken entgegenzustellen. Versuche, die Deviseneinnahmen des Staates zentral zu verplanen und somit auch der Auslandsverschuldung zu begegnen, sind an den zwei Arge-Alp-Adria Teilrepublik Slowenien und Kroatien gescheitert. Sie wollen bei der bisherigen Regelung bleiben, wonach die Betriebe über 40 % der eingenommenen Devisen selbst verfügen können. Diese zwei von insgesamt acht Teilrepublik Jugoslawiens sind mit „60 % am jugoslawischen Export in die Länder mit frei konvertibler Währung“ beteiligt und „wickeln fast 88 % des Auslandstouristengeschäfts“ ab. Es findet eine „langsame aber stetige Verlagerung der Macht von der Zentralregierung auf die Teilrepubliken“ statt. (Handelsblatt 8.8.85 / 4.9.84)

Wenn man jetzt noch weiß, daß die BRD mit 11,1 % Beteiligung am jugoslawischen Außenhandel (1984 2,47 Mrd. Dollar) größter Partner Ju-

goslawiens ist, dann versteht man auch das besondere Interesse von Strauß sprich der Arge-Alp an den wirtschaftlich interessanten Regionen Slowenien und Kroatien.

Österreich - das Tor zum Osten

Bei dem Vorstoß deutscher Konzerne in die Arge-Alp-Länder geht es nicht nur um die direkt beteiligten Staaten, sondern um den gesamten Markt der Ostblock-Länder. Österreich nimmt, wie bereits vor und während des Zweiten Weltkriegs, eine Sonderrolle in Bezug auf diese Länder ein.

War die alte Donaumonarchie früher Grund für diese besondere Beziehung, so ist es heute vielleicht gerade Österreichs politische Neutralität.

Wie dem auch sei, fest steht, daß zwischen 12 und 15 % des österreichischen Außenhandels auf die europäischen Oststaaten entfallen. Dieser Anteil ist zwei bis dreimal höher als in anderen westeuropäischen Ländern (vgl. Monatsberichte 3/85 des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung). So ist Österreich z.B. der größte westliche Handelspartner der DDR. Auch ist Österreich kein NATO-Land und unterliegt damit nicht der Ausfuhrbeschränkung für hochtechnologische Güter, zumindest, wenn diese in Österreich entwickelt wurden. Die Tendenz ist auch eindeutig: 1984 ging der Osthandel ganz allgemein etwas zurück, während z.B. die BRD einen Rückgang von 7 % zu registrieren hatte, stieg der Osthandel Österreichs um zwei bis drei Prozent an.

„Was soll das“, wird man fragen. Es gibt doch den Staatsvertrag und der verbietet jeglichen wirtschaftlichen Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland. Im Prinzip ist das richtig und tatsächlich wurden nach dem Krieg alle deutschen Kapitalien in Österreich enteignet und verstaatlicht. Doch eine Studie des Jahres 1985 über 20.000 österreichische Unternehmen ergab, daß bereits 10 % des österreichischen Kapitals wieder in deutscher Hand sind (SZ 10.9.85).

In der Osthandelsstudie des bereits zitierten österreichischen Wirtschaftsinstituts wird ein einzelnes Produkt besonders hervorgehoben: „Stark ausgeweitet wurden in den vergangenen Jahren in Österreich die Produktion und der Export von Mikroschaltkreisen (Chips).“

Produzent für Chips mit Standort Österreich ist der Elektrokonzern Siemens. Vor wenigen Jahren hat Siemens in Villach eine neue Fabrik aus dem Boden gestampft, speziell für die Produktion seiner derzeit leistungsfäh-



Wir bauen wieder Autobahnen – ist die Lieblingsbeschäftigung der Arge-Alp-Politiker. Die Autobahnen sind die Anbindung der Adria-Häfen an die deutsche Wirtschaft.

higsten Chips. Über Siemens kommt auch ein inzwischen bekannter Name wieder ins Spiel: Georg von Siemens war Hauptgründer der DEUTSCHEN BANK, die DEUTSCHE BANK ist die Hausbank von Siemens.

Kurze Zwischenbilanz:

Die Arge Alp als Vehikel von Strauß, der DEUTSCHEN BANK und der deutschen Konzerne erweist sich in vielfältiger Weise als ungeheuer effektives Bündnis:

- Der Staatsvertrag von Österreich ist bereits de facto unterlaufen.
 - Slowenien und Kroatien, am Eingang der Südostflanke, sind bereits systematisch dem deutschen Kapital zugänglich gemacht, die Kurve zeigt weiter nach oben.
 - Der Zugang zu den wichtigen Öl- und Industriehäfen an der Adria (Rijeka, Triest, Venedig) durch Alpenübergänge ist zwar noch nicht in vollem Umfang fertiggestellt, jedoch erklärtes Ziel der Arge Alp.
 - Die reaktionäre Bewegung ist international gestärkt.
- Wen wundert's da, wenn Strauß frohlockt: „Gäbe es die Arge-Alp nicht, müßte sie erfunden werden.“ (Bayernkurier 26.6.82)

Die Arge Alp - ein Vorbild für Europa ...

Kommen wir an dieser Stelle zurück auf die bereits erwähnte gemeinsame Strategie des Föderalismus bzw. Separatismus in der Arge Alp. Ist es doch allen Mitgliedsländern gemein, daß sie mit der Begründung regionaler Eigenarten mehr Eigenständigkeit gegenüber den Zentralregierungen fordern.

Strauß verlangt „... eine bessere Beteiligung der Alpenländer an der politischen Willensbildung sowohl innerhalb der Nationalstaaten sowie in den europäischen Gremien.“ (Haßfurter Tagblatt 16.9.79)

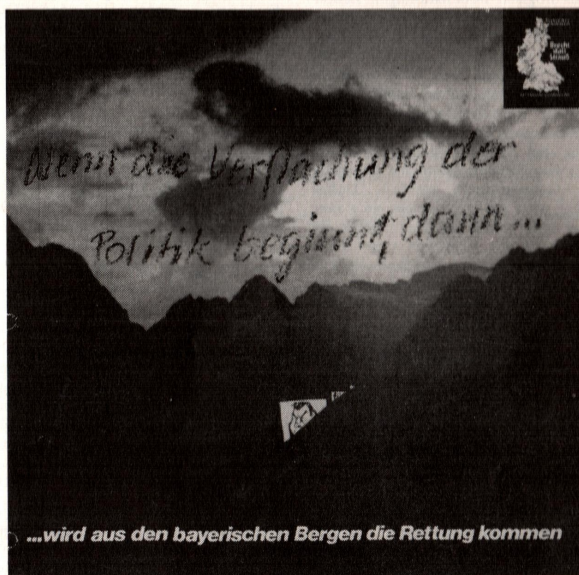
Oder die SZ am 24.4.81: „... und Möglichkeiten für eine abgestimmte Vertretung ihrer Interessen gegenüber den Gremien des Europarates und der EG zu prüfen.“ (Es handelt sich um das erste Zusammentreffen von Arge-Alp und Arge-Alpen-Adria). Im Münchener Merkur ist am 8.9.75 vom „Eigengewicht der von konservativen Mehrheiten getragenen Alpenallianz ...“ zu lesen. Aus demselben Artikel: „Die Christdemokraten der Region Lombardei, durch die sich abzeichnende Volksfront in Mailand schockiert, wollten die Flucht nach vorne antreten und durch „Institutionalisierung“ der Arbeitsgemeinschaft 'eine Art Alpenparlament als konservatives Bollwerk gegen die Roten am Po schaffen.“ Das scheiterte zwar, nachdem Graubünden mit dem sofortigen Aus-

zug drohte, doch tatsächlich haben viele Politiker der Arge-Alp-Länder ihre Zentral-„Regierung“ bereits gewechselt: die politische Zentrale liegt bei Strauß in München und die ökonomische bei der DEUTSCHEN BANK in Frankfurt.

Wenn diese Konstellation auf weitere Teile Europas ausgedehnt werden soll, taucht ein neuer, alter Name auf, das Geschlecht der Habsburger, das bei der Plünderung des europäischen Südostens noch ältere Rechte anmeldet als die DEUTSCHE BANK. Kaiserenkel Otto Habsburg (das „rote“ Wien hat ihm den Adelstitel geraubt), Vorsitzender der Paneuropäunion und für die CSU im Europaparlament ist gern geschehener Gast in den Arge-Alp-Ländern.

innert Habsburg geheimnisvoll daran, daß schon immer „in Asien die wichtigsten Impulse aus dem Pamir-Hochland“ gekommen seien und daß es „in Europa die Alpen sind, welche die gleiche Funktion zu erfüllen haben“ (SZ 26.9.75).

Um welche Impulse es sich handelt, wird klar, wenn man sieht, was da eingeweiht wurde: Ein Ausbildungszentrum für Propagandisten der CSU, zu der die SZ schreibt: „Um den technischen Aufwand, der für Studios zum Zweck der Rednerschulung getrieben wurde, muß jede deutsche Universität diese Alpenhochschule sehr beneiden.“ Treffenderweise titulierte die SZ den Artikel mit: „Die Alpen-Universität der CSU“. Ein weiterer, mit Ovationen



Die Montage entstammt einer Flugschrift aus dem „Anachronistischen Zug“ gegen den Kanzlerkandidaten Strauß von 1980. Die Arge Alp will die „Rettung des Abendlands“ realisieren.

In den „Vorarlberger Nachrichten“ leitartikelt er selbst Woche für Woche gegen die „rote Gefahr“ aus dem Osten. Auch die einzige deutschsprachige Zeitung in Südtirol, „Die Dolomiten“ beehrt er in regelmäßigen Abständen mit Artikeln gleichem Inhalts. Bei einer Einweihungsfeier der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth er-

empfangener Teilnehmer der Einweihungsfeier ist ein glühender Vertreter des Europagedankens: Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol. Bei einem Europasymposium der CSU in Meran schwärmte er vom „Europa der Regionen“. In seiner ganzen Rede geht es um nichts anderes als um „Volksgruppen“, „regionale Räume“,

„Volkskultur“ usw. - und immer wieder: „... der Weg zu einem geeinten Europa führt über den Abbau des staatlichen Zentralismus zugunsten von weitgehend autonomen Regionen“. Südtirol bringt er als Exempel für „sein“ Europa: „Wir (Südtirol) haben ... eine regionale Autonomie erhalten, die in vielen Teilen richtungsweisend für den Aufbau von Regionen im Europa der Zukunft sein könnte“.

„Europaspinnerei“ würde wohl mancher zu Magnagos Ausführungen sagen, doch damit hätte er unrecht, denn genau diese Europaphilosophie (ein „Europa der Völker und Regionen“) ist eine der verbindlichen ideologischen Säulen aller Deutschnationalen: Vom bayerischen Föderalismus über die Ideen Magnagos und Habsburg bis hin zur ökologisch bodenständigen neuen Rechten. Der Aufschwung des Europagedankens fällt in das Jahr 1944, als das Ende des Krieges abzusehen war. Teile der SS und auch Teile der Wirtschaft, doch dazu später, machten sich Gedanken über Krieg nach dem Krieg. Die ökonomische und militärische Basis für das Weiterexistieren der deutschen Kapitalisten sollte die Europäische Gemeinschaft werden. Dabei machte man jedoch weniger an einen Bund von Nationalstaaten, mehr an ein Europa der Regionen unter Führung Deutschlands. Magnago ist ein Vertreter dieser Linie und die tatsächliche Entwicklung gibt ihm Recht. Die Widersprüche zwischen den nationalen Kapitalismen in England, Italien, Frankreich und Deutschland sind größer als alle Gemeinsamkeiten. Europa tritt auf der Stelle. Dies ist auch die Ansicht des erfolgreichsten und bekanntesten Politikers, der die alte faschistische Europaidee verfolgt und weiterentwickelt hat, F.J. Strauß über die EG: „Zentrifugale Kräfte verstärken sich. Der Ausbau des Binnenmarktes kommt nicht recht voran ... In den Grundfragen der Wirtschaftspolitik gibt es zwischen Frankreich einerseits und Großbritannien sowie der Bundesrepublik Deutschlands andererseits kaum Übereinstimmung.“ Das wäre auch das erste Mal. Es gibt heute genauso wenig Einigung über Stahlproduktionsquoten, wie sich damals die deutschen Konzerne nicht damit abfinden konnten, daß das jugoslawische Kupfer in französischer Hand war.

... unter deutscher Führung - ein Alp(en)traum nimmt kein Ende!

Doch Strauß weiß auch, wie man Europa zwingt: Mit Menschenmassen, deswegen fordert er die Europabegeisterung der Massen: „Kurzum dem Bürger muß wieder, und zwar nicht nur als Plakette auf dem Anzug, sondern als Gefühl unter der Haut be-

wußt werden, welche Bedeutung die zukünftige europäische Entwicklung hat.“ Die Zitate stammen aus dem Bayernkurier vom Dezember 1983, also kurz vor den letzten Europawahlen. Der CSU ist es damals nicht gegückt, die Europa-Stimmung hochzuschaukeln. Auch die erhoffte Wahlbeteiligung wurde nicht erreicht. Nur an einer Grenze gab es eine Massenkaktion gegen innereuropäische Grenzen. Deutsche und österreichische LKW-Fahrer blockierten tagelang die Brennergrenze zwischen Tirol und Südtirol, die zentrale Autobahn der Arge-Alp, weil die italienischen Zöllner die westdeutschen Waren nicht so freizügig fließen lassen wollten. Ist Strauß ansonsten von Blockaden nicht so begeistert, so war er hier sofort zur Stelle, schüttelte Hände, sprach Mut zu. Da war das Europagefühl „unter die Haut“ gegangen. Und wieder Otto Habsburg: „Die Zeit der Kleinstaaterei ist endgültig vorbei. Wer nicht großräumig zu denken wagt, riskiert, von den kommenden Ereignissen überrollt zu werden.“

Großräumig zu denken ist - wie wir gemerkt haben - eine Spezialität der DEUTSCHEN BANK und so wird es an dieser Stelle keinen mehr verblüffen, wenn bei der ersten Weichenstellung für die Nachkriegsjahre wieder bekannte Gesichter auftauchten.

Auf Anregung der SS entstand ein „Europakreis“, der sich laut Protokoll seiner 5. Sitzung im Juni 1944 Gedanken machte über „... eine Neuordnung der Wirtschaft, Kontinentaleuropas unter deutscher Führung“ nach einem verlorenen Krieg (vgl. Uwe Bitzel: „Es gab keine Stunde Null“ (Frontal Mai/Juni 85), Mitglieder dieses „Europakreises“ waren Hermann Josef Abs und Karl Blessing, die Südosteuropaspezialisten der DEUTSCHEN BANK.

Ohne Rast schreit das Kapital nach Profit, und Profit braucht Rohstoffe, braucht Märkte, braucht die Ausbeutung. Doch was bringt die „arbeiter-selbstverwalteten“ Betriebe Jugoslawiens, die Hafenstädte Nordostitaliens „freiwillig“ unter die Ausbeutung deutschen Kapitals?

Die Besitzer der verarmten Hafenstädte wollen die Brotkrumen des großen Geschäfts. Carlo Bernini, Präsident der Region

Venedig: „Venedig liegt für Bayern schließlich viel näher als Bremen und Hamburg. Nur an Transportkapazitäten fehlt es noch.“ Was die Menschen dort bekommen werden, sind mörderische Arbeitsbedingungen und einen Ölteppich auf der Adria.

Die Industriebetriebe Jugoslawiens können einen Großteil ihrer erwirtschafteten Devisen selbst ausgeben: für Rohstoffe, Öl, Maschinen aus dem We-

sten. Die Folge: der Run auf Devisen, der Handel mit dem Westen, die Armut im eigenen Land. Das Handelsblatt schrieb: „60 % der 1984 exportierten Güter hätten den Produzenten größere Gewinne beschert, wenn sie ihre Ware im Land, allerdings gegen Dinar verkauft hätten.“

Die DEUTSCHE BANK weiß dies zu nutzen: zum dritten Mal in ihrer Geschichte formt sie die Hand zum Würgegriff um Südosteuropa. 1946 beschäftigte sich eine Untersuchungskommission der US - Militärregierung mit dem Wirken der DEUTSCHEN BANK im Faschismus. Sie schrieb in ihrem Abschlußbericht Kapitel 1: „Es wird empfohlen, daß:

1. die DEUTSCHE BANK liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der DEUTSCHEN BANK angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der DEUTSCHEN BANK von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.“

Die US-Militärregierung folgte dieser Empfehlung nicht, statt dessen betraute sie Hermann Josef Abs mit der Vorbereitung für den Marshall-Plan. Ab 1956 firmierte die Bank wieder unter dem Namen DEUTSCHE BANK.

Die Anregung zu diesem Artikel erhielten wir von dem Wiener Schriftsteller und Journalisten Michael Genner, der uns vor einiger Zeit sein Dossier „Die Arge-Alp - ein arge(r) Alptraum“ zukommen ließ.

Ihm und der Kooperative „Longo mai“, die uns mit Informationen und Material unterstützt haben, sei an dieser Stelle unser besonderer Dank ausgesprochen.



Die Zentrale der DEUTSCHEN BANK

Christine Schanderl,
die 1980 nie wegen
"Stoppt Strauß"
von der Schule flog.



Lieber Johannes Rau

vor dem Jüdischen Kongreß in den USA hast Du gesagt, Du kannst es Dir nicht erklären, daß es in der BRD antisemitische Äußerungen gibt. Du weißt nicht, woher das kommt und bist ratlos, hast Du gesagt.

Also, lieber Johannes, dann laß uns doch einmal gemeinsam überlegen, woher es kommt, daß Du es Dir nicht erklären kannst.

Vielleicht liegt es daran, daß die Konzerne, die an Faschismus und Krieg profitierten, nach 1945 zerschlagen wurden. Die Deutsche Bank, die Hitler finanzierte, wurde aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt und an die Überlebenden der KZ ausbezahlt. Die IG-Farben, die das Zyklon B für Auschwitz herstellten, wurden liquidiert. Die IG-Farben haben auch bis heute keine Nachfolger, die Bayer, BASF und Hoechst heißen und die am Giftgaskrieg gegen das vietnamesische Volk verdienten. Die Zwangsarbeiter, die bei Flick, Daimler Benz und in anderen Fabriken ausgebeutet wurden, erhielten nach der Enteignung dieser Konzerne eine finanzielle Entschädigung. Lieber Johannes, ich verstehe Dich, es ist wirklich schwierig, eine materielle Grundlage für den Antisemitismus zu finden, nachdem bei uns die Ursache für Faschismus und Krieg, die Herrschaft der Monopole, restlos beseitigt wurde.

Aber schauen wir doch einmal in die Politik, vielleicht finden wir da eine Erklärung. Da stellt man fest, daß der Bonner Staat restlos von Nazis gesäubert wurde. Was heißt eigentlich gesäubert, alte Nazis wurden ja in diesen Staat erst gar nicht hineingelassen. Keiner unserer Bundespräsidenten war jemals ein Nazi, es war auch keiner in der SA und an KZ hat gleich gar keiner mitgearbeitet.

Hans Globke, einer der engsten Vertrauten Himmlers und Mitautor der „Nürnberger Rassengesetze“, die die Grundlage für die Judenverfolgung und Judenvernichtung bildeten, ist natürlich niemals Parlamentarischer Staatssekretär geworden. Folglich hat Adenauer 1952 auch nicht gesagt: „Daß Ministerialdirektor Globke an den Kommentaren zu den Nürnberger Gesetzen mitgearbeitet hatte, war zeitbedingt und ist nicht grundsätzlich zu verurteilen. Außerdem habe ich nie einen treueren Beamten gekannt.“

Der Gestapo-Verbrecher Ernst Heinrichsohn, der in Frankreich Juden für den Transport nach Auschwitz auswählte, wurde sofort von der BRD ausgeliefert, nachdem er in Frankreich 1956 wegen seiner Verbrechen zum Tode verurteilt worden war. Schon allein deshalb ist es also nicht möglich, daß Ernst Heinrichsohn als Rechtsanwalt und CSU-Bürgermeister in Bürgstadt bei Miltenberg in Bayern Karriere machen konnte.

Selbstverständlich wurden bei uns alle Naziverbrecher sofort abgeurteilt, kein Prozeß wurde verschleppt. So ist z.B. allein schon die Vorstellung absurd, daß Ärzte, die an der tausendfachen Ermordung von Geisteskranken beteiligt waren, in Frankfurt erst 41 Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus vor Gericht stehen. Gänzlich ausgeschlossen ist es, daß einer der Angeklagten sein Morden so verteidigen kann, er habe „nur aus Mitleid, aus Liebe zu den Menschen gehandelt.“ Undenkbar, daß ein Richter die folgenden empörten Reaktionen im Zuschauerraum mit der Aufforderung quittiert, auf Mißfallenskundgebungen zu verzichten.

In unserem Land gibt es auch keinen CDU-Ratsherrn, Anton Teyssen, der in der Sitzung des Rates der Stadt Hildesheim am 21.11.1983 erklärte, daß „das nationalsozialistische System, das allein den Mord an den Juden fabrikatorisch vollzogen (hat), humaner vielleicht als der Mord, den die Kommunisten drüben verursachte haben. ... es ging in Sekunden.“

Franz Josef Strauß hat einmal gesagt: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.“ Er hatte schon öfter seine Sympathie zu faschistischen Regimes bekundet und deshalb kam er diesmal nicht mehr mit einer Bewährungsstrafe davon, sondern wurde wegen Volksverhetzung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, und die Fähigkeit, politischer Ämter zu bekleiden, wurde ihm aberkannt. Strauß kann also niemals bayerischer Ministerpräsident oder gar Bundeskanzler werden. Ministerpräsident in Bayern ist selbstverständlich ein ehemaliger Widerstandskämpfer, nämlich Bernt Engelmann, der Juden zur Flucht verhalf und deshalb als 17-Jähriger ins KZ Dachau kam. Strauß dürfte es niemals wagen, zu Bernt Engelmann zu sagen: „Mit Ratten und Schmeißfliegen prozessiert man nicht.“ Also gibt es auch keinen historischen Hintergrund zu dieser Äußerung, der so aussehen könnte:

Ein gewisser Eberhard Taubert war als psychologischer Kampfspezialist und Referatsleiter im Goebbels-Ministerium zuständig für „Aktivpropaganda gegen Juden“. Taubert war verantwortlich für die gesamte antisemitische Propaganda, auch für

den Hetzfilm „Der ewige Jude“. Mit diesem Film wurden die SS-Mannschaften auf die millionenfache Ermordung der Juden „eingestimmt“. In perfider Montage sieht man im schnellen Wechsel Bilder von Juden aus dem Warschauer Ghetto und von Ratten. Dazu tönt der Taubert-Text (er schrieb das Drehbuch): „Sie sind hinterlistig, feige und grausam. Sie stellen unter den Tieren das Element der heimtückischen, unterirdischen Zerstörung dar, nichts anderes als die Juden unter den Menschen.“ Taubert war aber nicht „nur“ Schreibtischtäter in Sachen Mord. Als einer der ehrenamtlichen Richter des 1. Senats des berüchtigten „Volksgerichtshof“ war er an etlichen Todesurteilen gegen Widerstandskämpfer beteiligt. Einige Jahre später wurde dann derselbe Taubert Berater für Fragen der psychologischen Kriegsführung des Bundesverteidigungsminister Strauß. Man sieht, diese Geschichte kann gar nicht wahr sein, weil wir ja von vorher wissen, daß Strauß keine politischen Ämter bekleiden darf. Folglich kann auch nicht stimmen, daß Strauß 1980 zum Bundeskanzler kandidierte und daß der CSU-MdB Dionys Jobst, als sich dagegen massiver Protest erhob, behauptete: „Die Hetze gegen Strauß ist schlimmer als die Judenverfolgung im Dritten Reich.“

Rassismus gibt es in unserem Land nicht. Die Erkenntnis, daß der Rassismus immer nur die Spaltung der Arbeiter bezweckte, um sie besser ausbeuten zu können, ist unbestritten. Aufgrund unserer Geschichte legen wir natürlich besonders viel Wert auf das Asylrecht. Bei uns werden Asylsuchende nicht unter menschenunwürdigen Zuständen in Sammellager eingesperrt. Kein Gericht würde es zulassen, daß ein Asylbewerber an den heimatlichen Galgen eingeliefert wird. Ein CDU-Bürgermeister Lummer, der das Asylrecht aus dem Grundgesetz herausnehmen und es lediglich zu einem Bestandteil des Ausländergesetzes machen will, müßte sofort zurücktreten.

Es ist ausgeschlossen, daß CSU und CDU Brutstätten des Rassismus – und damit auch des Antisemitismus – sind. Das beweist auch das entschlossene Vorgehen der CSU/CDU gegen ihre Mitglieder Fellner und Spee. Beide wurden sofort aus der Partei ausgeschlossen. Die CSU/CDU stellte selbst die Strafanträge wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und wegen Volksverhetzung.

Die CSU/CDU ehrt die antifaschistischen Widerstandskämpfer wo sie nur kann und gegen eine Rehabilitierung der SS geht sie aufs Entschiedenste vor. So ist es ausgeschlossen, daß die Landesfinanzbehörden in Baden-Württemberg der VVN die Gemeinnützigkeit aberkennt, zugleich aber alten SS-ler, der „Leibstandarte Adolf Hitler“, steuerliche Vergünstigungen gewährt. Niemanden würden alle 57 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion und der Landesregierung einstimmig dieses Vorgehen billigen.

Und in Nesselwang in Bayern konnten sich die alten SS-ler letztes Jahr nicht treffen, weil die alle zusammen mit Rudolf Heß, Hans Globke, Josef Abs, Alfred Krupp, Fritz Thyssen, Karl Flick und vielen anderen Naziverbrechern in Spandau saßen bzw. saßen.

Lieber Johannes, je mehr ich also darüber nachdenke, umso mehr muß ich Dir recht geben. Ich kann mir auch nicht erklären, wie es bei uns Antisemitismus geben kann, nachdem in unserem Land so gründlich mit dem Faschismus abgerechnet wurde und eine Rehabilitierung oder gar eine erneute Installierung des Terrorsystems in unserem Land ausgeschlossen ist. Aber, lieber Johannes, vielleicht ist das alles auch ganz anders.

Deine Christine vom Anti-Strauß-Komitee Regensburg

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15.-
☐ ein Förderabonnement DM 30.-

des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 3

Postscheckkonto Jacobi
München 288265-809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

STRAUSS IN AKTION: Letzte Warnung an Kohl

Wenn die Wende nicht brav gelungen, der Umschwung nicht total klappt, tadelt der strenge Herr Lehrer den täppischen Provinz-Buben; so der Strauß den etwas unbeholfenen Kohl. Doch wenn der alte Hexenmeister, der von Kohl immer noch so viel hält wie in der Wienerwald-Rede, also weniger als nichts, sich dann einmal wegbegeben, um in der übrigen Welt nach dem Rechten zu sehen oder irgendwelche Faschisten zu treffen, tanzen die bösen Buben auf Tischen und Bänken, spielen Blackout oder versuchen zu zaubern, statt schlicht die Wende zu üben nach den Lehren aus der Staatskanzlei. (Goethes „Zauberlehrling“ ist tatsächlich des Strauß Lieblingsgedicht.)

Der als Friedensfreund und Rüstungsgegner berühmte Strauß war in Syrien und hinterließ in einem Gedenkbuch für – gegen Israel – gefallene Syrer als „spontane Bekundung und österliche Mahnung“ gleich sieben Mal das Wort Friede, in sieben Sprachen, weil ihm das kompliziertere und verbindlichere Wort Abrüstung kaum geläufig ist. Noch gekränkt von der Plakat-Aufschrift, Anti-Kriegs-Tag sei Anti-Strauß-Tag, bewies er – sieben auf einen Streich – seine Supermacht, seinen Friedenswillen und seine heimliche Anerkennung Brechts: wenn die Herrschenden vom Frieden redeten, wisse der gemeine Mann, daß es Krieg gäbe. Das sieht dann so aus, und man fühlt sich stark an den römischen Scharlatanen erinnert, wenn er den Segen Urbi et Orbi spendet, Frieden in allen Idiomen intonierte, während die Rüstungsaktien des Vatikans steigen:

FRANZ JOSEF STRAUSS

Friede
Peace
Paix
Pace
Pax
Eirene
SALAM

24. März 1986

(In syrischer Umgebung fiel ihm taktvollerweise das geläufige hebräische Wort ‚Schalom‘ nicht ein. ‚Friede für Galiläa‘ nannte sich der blutige israelische Überfall auf den Libanon. So ist das bei solchen Friedensfreunden.) Strauß kümmert sich also persönlich um den Frieden im Nahen Osten, aber kaum ist er ein paar Stunden weg, geht es ohne ihn in Bonn drunter und drüber. Der Boss ist fort, und schon kommt es zum allgemeinen „Gegakere“ in der Koalition. Und so ergiebt eine letzte Warnung an den schlechten Schüler Kohl unter der antizipierenden Überschrift

ICH HABE GEWART

(Bayernkurier-Titel 29.3.1986), so daß Kohl nach dem Sitzenbleiben nicht sagen kann, er habe nichts gewußt, sich später etwa auf die Gnade der Uninformiertheit beruft. Noch läßt Strauß das Bonmot dementieren, wenn man Kohl beseitigen wolle, dann schnell und schmerzlos noch vor der Sommerpause. Doch schon schreibt der „Capital“-Herausgeber Johannes Gross in der Frankfurter Allgemeinen (18.4.86) über den derzeitigen Amtsträger:

„In einer Abendunterhaltung mit großen Unternehmern kommt die Rede unabwendbar auf den Kanzler Kohl. Seine Politik wird gutgeheißen, er selber aber nicht; eigentlich müsse ergeben, gegangen werden, so schnell wie möglich, wie man es auch bei Vorständen der Wirtschaft halte; ... Wer der Erbe Kohls sein sollte, war klar. Stoltenberg; daß er nicht der Mörder Kohls sein dürfe, ebenfalls. Dies schwere Amt wurde allein Geißler zugetraut, der in jüngster Zeit schon schöne Proben seiner Fähigkeit gegeben habe.“

Geißler ist gewiß zu allem fähig, aber Strauß versucht es mit letzten Warnungen; der Weltpolitiker kommt nach Hause, und schon hat sich die Vernachlässigung der Aufsichtspflicht. Stoiber und Tandler, die kleinen Kläffer, eignen sich noch nicht als Wachhunde. Das Chaos ist ausgebrochen, nicht der Teufel, aber Kohl ist los:

„Wer auch nur 48 Stunden verweist ist, findet nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland, wie es mir zu Beginn dieser Woche nach meinen politischen Gesprächen in Syrien ergangen ist, ein Erscheinungs- und Meinungsbild der Bundesregierung und der Bonner Koalition, die zu größten Besorgnissen Anlaß gibt. Meine Beklemmung ...“

Und so fort in der bekannten Manier, bis zum Schluß, der wieder einmal den Untergang Deutschlands beschwört, selbstredend nicht den nach Reagans oder seiner Methode. Nur wenn man ihm folge, werde man die Bundestagswahl gewinnen.

„Und diese Wahl müssen wir gewinnen, weil die grün-rote Koalition eine Alternative wäre, der Deutschland, seine Menschen und seine Zukunft nicht ausgeliefert werden dürfen, und bei der einem unwillkürlich das Wort Heinrich Heines einfällt: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.““

Bei Strafe der Lächerlichkeit wäre ihm gerade das besser nicht eingefallen, denn der Typus Strauß und dessen Politik, mangelnde Demokratie, Polizeistaat, Zensur waren es, die Heine um den Schlaf gebracht haben – doch Heine muß man ja nicht gelesen geschweige gar verstanden haben. Putzig, abenteuerlich und eine schmierige Gemeinheit ist die Usurpation des Heine-Wortes durch einen der Sorte, die ein Heine – Radikaldemokrat, Marx-Freund, ja Extremist – Zeit seines Lebens bekämpft hat, von ihnen angeekelt, vertrieben. Gerissen aus dem Zusammenhang von „Deutschland, ein Wintermärchen“, in den Strauß paßt samt seiner reaktionären „Sorge“. So gedankenlos wie dreist okkupiert Strauß einen, der unter ihm zumindest nicht Lehrer oder Briefträger werden könnte, den er mit Beleidigungsprozessen überzogen für erweisliche Wahrheiten, wie es seine Art ist. Wenn aber Strauß Heine zitieren darf, der doch ihn meinte, dürfen wir Strauß zitieren mit einem Satz, mit dem er uns zu treffen meinte: „Ihr seid die besten Nazis, die besten Schüler von Goebbels.“ So dunkel muß man die Logik wenden, aber dann gleicht sich das Zitieren einmal aus.



Waffen für Marcos

Als gestandener Freund aller faschistischen Diktatoren fiel es Strauß schwer, sich von seinem Waffenbruder Marcos loszusagen. Als in diesem Februar dessen Abgang anstand, befürchtete der Bayernkurier das „Schicksal Vietnams“ für die Philippinen. „Der Kreml wartet nur darauf, in ein mögliches politisches Vakuum eindringen zu können.“ (BK, 7/86). Aber auch US-Präsident Reagan und sein Shultz zögerten lange, bis sie ihren „alten Freund und Verbündeten“ Marcos ins Exil schickten.

Nun hatte der CIA in einer Studie bedrohliche Zustände festgestellt: Die Neue Volksarmee (NPA), der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei der Philippinen, sei die am schnellsten wachsende Guerillabewegung der Welt. Auch stand der CIA dem Außenminister des Faschisten Marcos – R.P. Enrile – bei seinem Wechsel ins Aquino-

lager mit Rat und Tat zur Seite. Er ist heute wieder Außenminister und garantiert zusammen mit dem ebenfalls von Marcos übergewechselten Generalleutnant F. Ramos, der sein Handwerk an der Seite der US-Truppen in Vietnam und Korea gelernt hat, die Sicherheit der amerikanischen Interessen, z.B. der beiden Militärbasen, von denen aus die Amerikaner den Pazifik kontrollieren.

453 Millionen Dollars hat sich der Internationale Währungsfond die Unterstützung und Kontrolle der bürgerlichen Regierung von Frau Aquino und die effektivere Aufstandsbekämpfung bisher kosten lassen. (Es war der Druck der Straße, der Frau Aquino zur Einhaltung ihres Wahlversprechens zwang, die 500 politischen Gefangenen freizulassen.)

Nun muß auch der Bayernkurier etwas zögernd zugeben, daß Reagan das philippinische Problem gar nicht so schlecht gelöst hat: „Nicht auszu-denken, was geschehen wäre, wenn im Falle eines Bürgerkriegs bewaffnete Kommunisten eine Schlüsselrolle zugefallen wäre.“ (BK, 10/86).

Zu einem Wort des Lobes für C. Aquino konnte er sich nun doch nicht entschließen. Besaß sie doch die Stirn, Strauß seinen Revolver zurückzuschicken. Stattdessen lobt er die Kolonialpolitik Reagans im Gegensatz zu seinen Vorgängern: „Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten Reagans Vorgänger beim Eingreifen in die Angelegenheiten von Staaten, die von einem diktatorischen oder korrupten Regime geführt wurden keine glückliche Hand gehabt. Das begann Mitte der fünfziger Jahre, als die Kubaner gegen den verhaßten Diktator Batista revoltierten ...“ (BK, 10/86). Außerdem geht auf ihr Schuldkonto der Verlust von Vietnam, Angola, Zimbabwe, Iran, Nicaragua für den freien Westen.



Reaktionäre Großgrundbesitzer aus Afghanistan zu Besuch in der Staatskanzlei.

„Freiheit“ für Afghanistan!

Malerisch umgibt sich Strauß mit den Führern des „afghanischen Widerstands.“ (v.l.n.r.: B. Rabanie, Führer der fundamentalistischen islamischen Partei; A. Gellanie, ebenfalls religiöser Führer; M. Nabi Mohammadie, ehemaliger Großgrundbesitzer und religiöser Führer; M. Khaless, religiöser Führer. Strauß lud sie anlässlich einer Tagung der Hanns-Seidl-Stiftung, bei der er das Hauptreferat hielt, im Herbst 85 in seine Münchner Staatskanzlei ein.

Wenn Strauß sich mit „Widerstandskämpfern“ befaßt, hat er nur ein Ziel: den „heimtückischen Kremlmachthabern“ (Strauß) ein Einflußgebiet zu entreißen und zum zweiten deutschen Ostlandtritt zu blasen. In seinem Referat vor der Hanns-Seidl-Stiftung sah er durch die Besetzung Afghanistans das „militärische Gleichgewicht zu

Gunsten der Sowjetunion“ verschoben, die „nukleare Abschreckung der Supermächte destabilisiert“. Vor allem aber gilt es in Afghanistan Europas und damit unser aller Zukunft zu verteidigen: „Ihr Ziel (der UdSSR, die Red.) ist es, Europa an den Flanken zu umgreifen und die für Amerika wichtigen, für die europäischen Industrienationen aber lebensnotwendigen Energie- und Rohstoffquellen sowie die Seewege unter Kontrolle zu bringen. Die Sowjetunion weiß ganz genau, daß sie dann, ohne auch nur einen Schuß abzugeben, der wirkliche Herr in Europa wäre.“ (BK, 51/85). Straußens „Widerstandskämpfer“ sind Fürsten, ehemalige Großgrundbesitzer und religiöse Fanatiker, die mit ihm im Kampf um die Freiheit westlicher Kapitalinteressen in Afghanistan sowie in aller Welt verbunden sind.

„Wende“ für Spanien!

Als einziger ausländischer Redner wurde Strauß auf dem Parteitag der Alianza Popular in Spanien „herzlich begrüßt und stürmisch gefeiert.“ (Bayernkurier, 7/86).

Er forderte die „politische Wende“. Die spanische Regierung sei „nicht fähig, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begreifen, geschweige denn zu lösen ... Die Konservativen sind es, die an der Spitze des Fortschritts marschieren“. (a.a.O.)

Schauen wir uns die Konservativen an, die da an der Spitze marschieren: die Alianza Popular wurde 1977 von dem ehemaligen Propagandaminister des Faschisten Franco gegründet.

Zum Gründungskongreß überbrachte Hillermeier die Grüße von Strauß, der der Partei Tirbanes mindestens 135 000 DM spendierte (Spiegel, 9/80). Die Alianza Popular weigert sich „die Auslöschung des gigantischen Werks Francos zu akzeptieren (FR, 8.3.80). Auch Strauß bestätigte im Januar '86 Spanien „eine große Geschichte“, die „zur abendländischen Kulturgemeinschaft einschneidende und großartige Beiträge geleistet“ hat. Spanien war die bisher (!) letzte faschistische Diktatur in Europa. Die spanische Regierung hat sich bei der Bundesregierung über den Auftritt von Strauß beschwert. (Von einer Maßregelung von Strauß durch den Bundeskanzler ist uns nichts bekannt.)

Im Krieg geächtet – von der CSU angewandt!

Als chemischer Kampfstoff ist der Einsatz von CS-Gas im Kriegsfall durch die Genfer UNO-Konvention geächtet. Das hinderte die USA allerdings nicht, CS-Gas zum Ausrüchern südvietnamesischer Dörfer auch gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen. 689 nachgewiesene Todesfälle dokumentierte das Russell-Tribunal.

Nach der Brockdorf-Demonstration im Frühjahr '81 machten sich die CSU-Strategen Gedanken über wirkungsvollere Waffen als das Tränengas CN, das durch winterliche Temperaturen abgeschwächt dem Polizeieinsatz den rechten Schwung genommen hatte.

Hartgummigeschosse, deren verheerende Wirkung an Züricher Jugendlichen getestet worden war, oder das in Vietnam erprobte Kampfgas standen zur Auswahl.

Für den bundesdeutschen Einsatz wurde CS-Gas im Sommer '81 auf dem Gelände der ehemaligen Dachauer SS-Schule, in der der „Endlöser“ Adolf Eichmann ausgebildet wurde, demonstriert. Der damalige bayerische Innenminister Tandler war so beeindruckt, („Das Arrangement war doch vorzüglich.“) daß CS noch im August '81 in Bayern als erstem Bundesland eingeführt wurde.

Auch die Nachkriegspremiere des Gas-einsatzes behielt sich Bayern vor, nachdem CS auch hierzulande sein erstes Opfer gefordert hat – im Sommer '82 erkrankte ein gesunder 19-jähriger Polizist beim Baden, an dem tags zuvor

CS mit steigender Konzentration ausprobiert worden war.

Am Ostermontag sollten nicht mutmaßliche Bauzaunzerstörer von ihrem verwerflichen Tun abgehalten werden, sondern es wurde der Bürgerkrieg geübt. Die Regisseure der CS-Premiere bedienten sich der Großdemonstration als Kulisse für die Wirkung von CS auf größere Menschenmengen. Bisher war ja nur an einzelnen Polizisten getestet worden. Aber wie verteilt sich das zerstäubte Gas in einer Menge? Wirkt auch das Abdampfen trocknender Kleidung von unmittelbar Betroffenen auf weiter entfernt Stehende?

Der bayerische Innenminister Hillermeier hat „grundsätzlich davor ge-

warnt, nach Wackersdorf zu marschieren“. Also ist doch jeder Geschädigte selbst schuld. Wozu nimmt er auch sein Demonstrationsrecht wahr? Waren auch die Vietnamesen selbst schuld, die sich gegen ihre Unterdrücker gewehrt haben, oder die Opfer der SS ...

„Beim nächsten Mal werden wir vielleicht noch deutlicher werden. Wir sind fest entschlossen, der Autorität des Staates Geltung zu verschaffen.“ (Strauß am 13.4.86, beim Fürstenrieder Frühlingsfest).

Es geht also doch nicht um „gewalttätige Chaoten“. Es geht um alle, die ihr Widerstandsrecht gegen Strauß'atomfabrik wahrnehmen.



Reizstoff-Einsatz gegen Demonstranten in Wackersdorf

MEGAPETROL – MEGABETRUG

Auch der CSU – ansonsten dreist und mit allen Wassern gewaschen, wenn es ums Vertuschen geht – gelingt es nicht immer, Skandale und Affären unter den Teppich zu kehren. In einer Partei, in der Weltkonzerne, Großunternehmer, Großbanken und deren Büttel das Sagen haben, gibt es sehr verschiedene Interessen, vor allem, wenn es ums Geld geht.

Eine Institution, bei der sich Affären in den letzten Jahren häufen, ist die Bayerische Landesbank, deren Aufgabe es ist, die Finanz- und Haushaltsoperationen der bayrischen Staatsregierung vorzunehmen, eine Durchlauf- und Verwaltungsstelle von Steuergeldern.

Vorsitzender des Aufsichtsrates dieser Bayerischen Landesbank ist Finanzminister Streibel. Präsident der Landesbank ist Ludwig Huber, bekannt als

früherer Kultusminister, der Anfang der 70er Jahre versuchte, Schüler und Studenten mit reaktionären Schulgesetzen an die Kette zu legen. Aufgrund des großen Protestes (bekannter Slogan: „Huber in den Zuber“) wurde er untragbar und mußte gehen.

Aber einer, der sich für die Interessen der Industrie und Banken verdient gemacht hat, wird nicht arbeitslos, sondern bekommt einen hochdotierten Posten – Huber wurde Präsident der Bayerischen Landesbank.

Nun hat die Bayerische Landesbank, unter der Führung des Präsidenten Ludwig Huber, aber nicht nur die normalen Finanzoperationen des Freistaates durchgeführt, sondern den vom abgehalfteten Minister zum Bankpräsidenten aufgestiegenen Huber packte der Ehrgeiz. Er wollte zeigen, daß er ein erfolgreicher Bankier ist und fing

– natürlich mit den ihm anvertrauten Steuergeldern – auch äußerst spekulative Bankgeschäfte an.

Doch bei diesen Geschäften bewies er ebensowenig eine glückliche Hand wie als Kultusminister, die Fehlritte und Pleiten häuften sich.

– So beteiligte sich Huber mit der Bayerischen Landesbank an der Deutschen Anlagen Leasing GmbH, die bisher nichts als Verluste in Milliardenhöhe gemacht hat.

– Dubiose Geschäfte mit den Mega Petrol Gesellschaften erbrachten Verluste für die Bank in der Größenordnung einiger hundert Millionen.

– Huber wurde zum Hausfinanzier des Baulöwen und Bodenspekulanten Josef Schörghuber, der z.B. über die Hälfte aller Münchner Brauereien aus Gründen der Bodenspekulation in seinen Besitz gebracht hat und kürzlich

durch Schließung der Holzwerke in Hauzenberg im Bayerischen Wald Schlagzeilen gemacht hat. (Erst hatte er die Subventionen kassiert, dann setzte er die Kollegen auf die Straße). Ob diese Affäre noch vor der Wahl zur Pleite wird, ist momentan noch unklar. In die Affäre sind viele CSUler z.B. der frühere Münchner OB Kiesel verwickelt.

Ein Platzten des Schörghuberkomplexes vor der Wahl wird selbst in CSU-Kreisen als Katastrophe angesehen. Um zu zeigen, welche Geschäfte CSU-Huber mit der Bayerischen Landesbank gemacht hat, sollen einige Fakten aus der Mega Petrol-Pleite dienen.

Geschäftspartner war der hochverschuldete Ex Cosima Reeder Ernst Willner, der schon früher mit Abschreibungsfirmen pleite gegangen war. Zinsen bis zu 25 % hatte dieser seinen Mega Petrol-Geldgebern für die Öl- und Gassuche in Amerika versprochen.

Doch die entsprechenden Gewinne wurden nicht erzielt. Obwohl längst überschuldet, warb Willner immer neue Geldgeber an. Mit den neuen Geldern zahlte er die Zinsen, die er versprochen hatte. Daß dieses Geschäft nicht auf Dauer gut gehen konnte, war klar. Als die Geschäftspraktiken 1981 bekannt wurden, wollte niemand mehr Anteile zeichnen und Geld geben. Hätte die Bayerische Landesbank den Mega Petrol-Gesellschaften damals nicht 42 Millionen Kredit gegeben, der Schwindel wäre schon damals aufgefliegen. Mit neuen Meldungen über neue Öl- und Gasfunde tauchte daraufhin Willner wieder aus Amerika auf und warb einen ahnungslosen Geldgeber an. Statt diese zu warnen, hielt die Bayerische Landesbank dicht, zur Absicherung der eigenen Kredite nahm sie Wertpapiere eines weiteren Spezls von Willner, des Hosenfabrikanten Schleichers an, obwohl sie wußte, daß

dieser diese Wertpapiere aus unversteuerten sog. „schwarzen Geldern“ gekauft hatte.

Effekt der ganzen Affäre: Die privaten Geldgeber wurden um Hunderte von Millionen geprellt, die Bayerische Landesbank unter CSU Huber steckte mit den Betrügnern unter einer Decke und verlor bei diesem Betrug selbst Millionenbeträge, die dem Steuerzahler verloren gingen.

Daß die Pleite bisher ohne Konsequenzen für CSU Huber blieb, und daß der in der Affäre ermittelnde Staatsanwalt kurz vor der Anklageerhebung nach Bonn versetzt wurde, scheint hierzu schon selbstverständlich zu sein.

Hauptsache es herrscht Ruhe und Ordnung – das Bier schmeckt – die Bürger machen das Wahlkreuz an der richtigen Stelle und lassen die da oben schalten und walten, wie die Flicks, Siemen, Quandts und Grundigs es anschaffen.

„Grundgesetz hin, Grundgesetz her“

Trotz Protesten u.a. des UN-Kommissars für Flüchtlingsfragen in der BRD, besteht die Stadt Aachen darauf, daß politischen Flüchtlingen aus der Türkei die Sozialhilfe, auf die sie wegen des zweijährigen Arbeitsverbots angewiesen sind, bis zu 20 % gekürzt werden kann. Begründung: Sie haben einen „geringeren Ernährungsbedarf“ als andere Menschen. Außerdem bräuchten sie kein Fahrgeld für öffentliche Verkehrsmittel, weil sie auch in der Türkei zu Fuß gehen müßten. Politischen Flüchtlingen, denen von Politikern wie Heinrich Lummer ständig eine Schmarotzermalität nachgesagt wird, soll nicht das Existenzminimum zugebilligt werden, das „die Führung eines Lebens ermöglicht, „das der Würde des Menschen entspricht“ (Bundessozialhilfegesetz).

Damit das Hungern, das die Stadt Aachen den Asylbewerbern verordnen will, kein Einzelfall bleibt, hat der deutsche Städtetag 1985 allen Sozialämtern Argumentationshilfen für die Kürzung der Sozialhilfe an politische Flüchtlinge gegeben.

Nicht nur am Essen, auch an der Gesundheit der politischen Flüchtlinge wird gespart. Die Stadt Hof verweigert Kindern von Asylbewerbern kostenlose Vorsorgeuntersuchungen und notwendige Schutzimpfungen. Außerdem werden schwangeren Asylaninnen die entsprechenden Vorsorgeuntersuchungen und der Mutterpaß verwehrt. Asylanen sollen kein Recht auf Gesundheitsfürsorge für ihre Kinder haben. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit soll für sie nicht uneingeschränkt gelten.

Dafür gibt es sogar ein eigenes Gesetz: „Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2, Satz 1 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt“, heißt es im Paragraph 37 des Asylverfahrensgesetzes von 1982. Die menschenverachtende Behandlung von Asylbewerbern durch die Stadt Hof fällt also keineswegs aus dem Rahmen des Gesetzes.

Asylbewerber sollen weniger essen dürfen, ihre Kinder können ruhig krank werden und man soll ungestraft gegen sie hetzen dürfen.

Ein Verfahren, das die bayerischen Grünen gegen Eggenfeldener Schreiber von Flugblättern mit u.a. der Warnung „Eltern schützt Eure Kinder“ vor den „Scheinasylanen“ anstrengen wollten, wurde „ohne Durchführung von Ermittlungen“ eingestellt. Der Staatsanwalt hatte beim Studium des Volksverhetzungssparagrafen 130 herausgefunden, daß dieser die Interessen von Asylbewerbern nicht schütze, weil darin nur solche Personengruppen angesprochen seien, „die eine gewisse soziale Integration erreicht haben“. Man sperrt politische Flüchtlinge in Sammellager, verweigert ihnen die Arbeit, hindert sie mit allen Mitteln daran, sich zu integrieren – und bestraft sie dann für die fehlende Integration, indem man ihnen elementare Rechte verweigert.

Und wenn die politischen Flüchtlinge immer noch nicht genügend abgeschreckt sind von diesem Land, das ihnen kein menschenwürdiges Leben

garantiert, in das aber viele von ihnen flüchten mußten, um der brutalen Verfolgung in ihrem Heimatland zu entkommen, so gibt es natürlich immer noch die Möglichkeit, sie wieder dorthin abzuschleppen – auch wenn ihnen dort Folter und Todesstrafe drohen. So haben Düsseldorf Asylrichter einen türkischen Asylbewerber abgewiesen, wohl wissend, daß diesem zu Hause „Bestrafung (Freiheits- oder Todesstrafe) und Folterung droht.“ Der Asylbewerber habe schließlich den Bürgerkrieg vorbereitet, und dies würde ein Staat „grundsätzlich nicht aus politischen Motiven“ bestrafen, sondern nur, um Kriminalität zu ahnden. Da in manchen Ländern kriminelle und politische Gegner gleichermaßen gefoltert würden, sei Folter an sich kein Asylgrund. Die Düsseldorf Asylrichter haben recht: Nicht nur in der Türkei werden politische Gegner kriminalisiert und als Kriminelle bestraft. Die Art der Bestrafung ist dann nur noch Frage der Tradition bzw. „Ausdruck des staatlichen Ordnungswillens in der jeweiligen konkreten zeitgeschichtlichen Situation.“ Und die zeitgeschichtliche Situation verlangt nach mehr Ordnung – auch in der Bundesrepublik.

Dem eben zurückgetretenen Berliner Innenminister Heinrich Lummer, dem „Minenhund der Partei“ (saarländischer Innenminister Läßle über Lummer), den die CDU beim Ausländeraufräumen vorpreschen ließ, geht die nach dem jetzigen Ausländer- und Asylverfahrensgesetz bereits mögliche und von Behörden in zunehmendem Maße praktizierte Einschränkung der

Rechte politischer Flüchtlinge noch nicht weit genug. Die wachsende Rechtlosigkeit der Asylbewerber, die Praxis der Behörden, die das Grundrecht auf Asyl mehr und mehr aushöhlt, genügt ihm noch nicht: Er will den Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ gleich ganz gestrichen sehen.

Das Recht auf Asyl soll ersetzt werden durch einen Gnadenakt, auf den der Asylbewerber keinerlei Anspruch hat. Welche Gnade Lummer walten lassen würde, kann man sich bei der Berliner („das Tor der Freiheit“) Abschiebepolitik vorstellen – zurück ins Heimatland, zu Gefängnis und Folter.

Einer bestimmten Menschengruppe in diesem Land – den Asylbewerbern – soll jegliches Recht genommen werden inklusive dem Recht auf Leben. Wer so mit Asylbewerbern umspringt, der macht vor niemandem halt. Wir wis-

sen, wie schwierig es ist, das wenige, was uns das Grundgesetz noch an Freiheiten zugesteht, z.B. das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, von bundesdeutschen Richtern zugestanden zu bekommen. Eine Politik a la Lummer (Original-Ton Lummer 1984: „Grundgesetz hin, Grundgesetz her“) wird aus der Frage, ob wir in diesem Land leben und arbeiten dürfen, wieviel Geld wir dafür bekommen, einen Gnadenakt machen und wer sich mit langsamem Verhungern oder Almosen nicht zufrieden gibt, der hat bisher schon Bekanntschaft schließen können mit Lummers berüchtigter Polizei.

Lummer steht nicht alleine beim Abbau demokratischer Rechte. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bezeichnet die bisher getroffenen „Maßnahmen zur Eindämmung des Asylanstroms“ als einen „Schritt in die richtige Richtung,

aber sie bedürfen dringend der Verbesserung und Ergänzung“. Kein Wunder, daß sich Lummer bei der CSU besser aufgehoben fühlt: 1980 war er bereit, für eine CSU-Landesgruppe in Westberlin als „Vierte Partei“ eine Spitzenfunktion einzunehmen. Die Reaktionen im ganzen Bundesgebiet scharen sich um den „Führer der Bewegung“.

Wenn wir unsere ausländischen Freunde und Kollegen dieser Bewegung überlassen, dann verlieren wir wichtige Kräfte und auch eine wichtige Position im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Die Masse der Bevölkerung ist nicht ausländerfeindlich, aber die Isolierung besonders auch der Asylbewerber und die permanente Hetze der Politiker und der Regenbogenpresse verhindern, daß mehr Deutsche erkennen, daß unsere Probleme und unsere Kämpfe vielfach identisch sind mit denen unserer „Gäste“.

Vorsicht! Schmiergeld-Gebrauch!



Vetter, Horst (FDP-Umweltsenator, OP-Narbe am Backen wg. Aussitzen)



Antes, Wolfgang (Ex-Baustadtrat, z. Zt. wohn-Haft Moabit 12a)



Diepgen, Eberhard (Noch reg. Bürgermeister, Leberfleck linkes Schulterblatt)



Franke, Kurt (Baulöwe, generöser Parteispender, Moabit 12a)



Landowsky, Klaus (CDU-Generalsekretär, spiritus rector der Beton-Fraktion)



Riebschläger, Klaus (SPD-Schatzmeister, Skandalau-del, GarSKI-geschädigt)



Lummer, Heinrich Jodokus (Innensenator, bevorzugter Ferienort Libanon)



Putsch, Otto („Gebrauchswagenhändler“, Libanon-Reisender, z.Zt. U-Haft)



Quell, Martin (CDU-Bezirksbürgermeister, suspendiert)



Franke, Klaus (Bausenator mit weithin strahlendem Glorien-Schein)



Herrmann, Jörg (CDU-Baustadtrat, suspendiert und hausdurchsucht)



Schwanz, Otto (Bordellbesitzer, König der Lietzenburger Straße)

Dieses Plakat veröffentlichte „die Tageszeitung“ im Januar 1986. Die ausgestrichenen Personen sitzen bereits im Knast. Die Senatsmitglieder Lummer, Vetter und Franke mußten inzwischen zurücktreten. Es ist nicht auszuschließen, daß bald weitere Personen gestrichen werden dürfen.

Für Hinweise, die zur Reinwaschung obiger Personen aus dem Beton-/Casino-/Puff-/Schieber-Milieu führen können, sind Gratis-Bauplätze in bester City-Lage zur Belohnung ausgesetzt. Die Vermittlung übernimmt jede taz-Regionalredaktion.

ANTIFASCHISTEN IN AKTION:



Eine Demonstration, die verboten war:

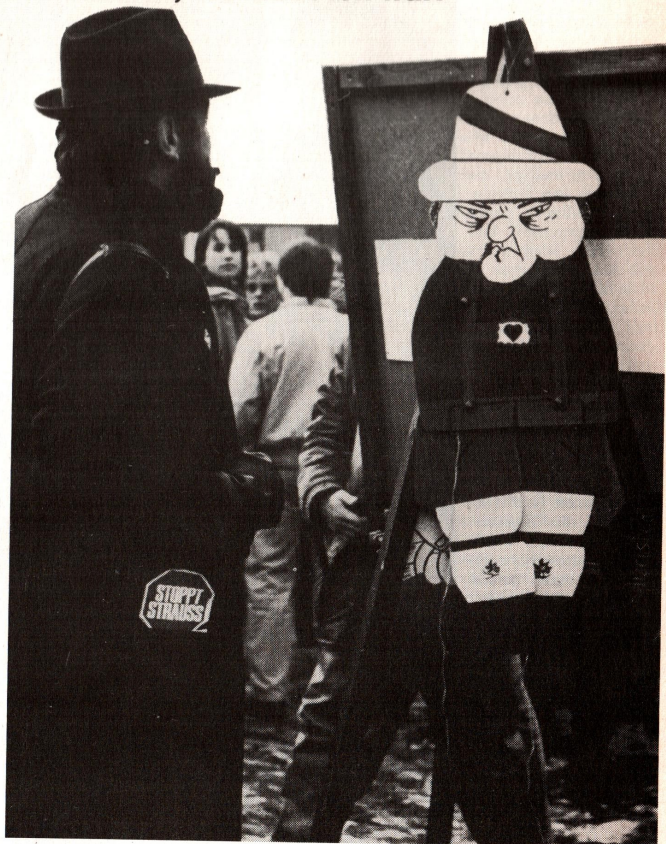
Am 1. 2. gingen mit dem Anti-Strauß-Komitee 2000 Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten gegen den Polizeieinsatz in München-Haidhausen. Sie demonstrierten gegen den Münchner Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler, der zwei Protestdemonstrationen verboten hatte, selbstherrlich geltendes Recht außer Kraft setzend. Sie demonstrierten gegen den Abbau des Demonstrationsrechts, gegen die Pläne von CSU-Zimmermann, den § 125 gegen den Landfriedensbruch weiter zu verschärfen und auf den Stand von 1871 zurückzuschrauben. Sie demonstrierten gegen die Politik von Strauß und seiner CSU.

Wir zitieren aus den Reden der Abschlussskundgebung:

Renate Münder für das Anti-Strauß-Komitee

Warum geht gerade von Bayern die treibende Kraft für den Angriff gegen das Widerstandsrecht aus? Warum ist es Strauß, der schon 1979 die Zerschlagung, Spaltung oder Unterwanderung der Gewerkschaften forderte, und der nun darauf beharrt, daß die Regierung nicht von einem Buchstaben von Blüms Entwurf gegen das Streikrecht abgeht? Warum ist es der CSUler Zimmermann, der den Landfriedensparagraphen von 1871 uns wieder verordnen will?

Warum? Weil Bayern das Herz der Rüstungsindustrie und das Zentrum der Kriegsvorbereitung ist. Wer für den Tod produziert, kann kein Widerstandsrecht dulden.





Gauweiler hat mit seinen Verboten erreicht, daß sehr viel mehr Antifaschisten der Tatsache bewußt wurden: Wenn das Demonstrationsrecht einer politischen Organisation entzogen wird, sind wir alle in unserem Widerstandsrecht bedroht. Insofern erfüllen wir mit dieser Demonstration nur eine Pflicht. Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich. Die Reaktion hat keine Schwierigkeiten mit der Einheit, sie macht uns die Einheit vor! Nur die Einheit macht den Sieg möglich, es ist unsere einzige Chance gegen die Reaktion.



Die Moritatengruppe des Anti-Strauß-Komitee: „Wir können uns Freiheit nicht kaufen, wir heißen ja nicht Flick. Wir brauchen das Demonstrationsrecht für Frieden und gegen den Krieg. Gegen alte und neue Nazis und die Atomfabrik. Und den Paragraph 116 und die Bonner Sparpolitik.“



Martin Löwenberg, Mitglied der VVN und der GRÜNEN

Die Erfahrungen der Geschichte lehren uns: Dem Teile und Herrsche - Prinzip der Reaktion müssen wir demokratischen und antifaschistischen Kräfte unsere Geschlossenheit entgegenzusetzen. Wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen, z.B. in böse und weniger böse Demonstranten, in solche mit kurzem und solche mit einem langen Haarschnitt, in Demonstranten mit einer dunklen Kleidung und solche mit einer anderen Kleidung. Unsere Stärke liegt in der Einheit. Eine Hand hat fünf Finger. Jeden einzelnen Finger kann man biegen, ja brechen, die Hand jedoch - zusammengeballt zu einer Faust - stellt eine Kraft dar. Laßt mich schließen mit dem alten Kampfruf der Arbeiterbewegung: „Vereint sind wir alles, getrennt sind wir nichts!“

ALTE MEDIEN oder DIE MACHT DER GEFÜHLE

Für die meisten Münchner hat die Demonstration vom 1. Februar sich nicht ereignet, einige stutzen, daß es nicht zu den allgemein erwarteten Straußschlachten zwischen Anti-Strauß-Komitee und der bewaffneten Macht kam.

Selbst größere Veranstaltungen des ASK nahmen der Presse bislang kaum Platz weg, in den Veranstaltungskalendern etwa kommen die tatsächlich beliebteren Kleintierzüchtervereine oder Sprechstunden der NPD usf. eher zu Wort. Doch auch die Demonstration mit über 2 000 Menschen fand für das Bayerische Fernsehen, den Rundfunk (doch: als anonymes Verkehrshindernis ...), für den Münchner Merkur und das Haupt-Lügenblatt grundsätzlich nicht statt, während sonst die obskuren Anliegen von Klein-Demonstrationen ein offenes Ohr und leere Köpfe finden, man war vollauf mit den Problemen von Faschingsbällen ausgelastet: *Löwen-Boss trank zu viel Magenbitter* und bei den *„Damischen Rittern“* ging's wie immer hoch her.

Ebenso wie die Polizei für die Presseberichte die gezählten Teilnehmer auf 1 000 halbierte, verdoppelte BILD in eben der Ausgabe, die uns verschwieg, 200 Anti-WAA-Demonstranten in Regensburg zu 400 „Chaoten“ einer „Brutal-Demo“, bei der es zugegangen sein muß wie bei der Verfolgung und Ermordung des Walter Wallmann in Frankfurt: sie „brachten das Chaos nach Regensburg“. Statt des Protestes gegen das Programm Strauß – wobei das Verschweigen vielleicht doch angenehmer ist als polizeiknuppeldicke Lügen – eine devote Verbeugung:

So ist Strauß als Jet-Pilot

Um Neugierige zu befriedigen: er ist dabei etwa so zielbewußt wie bei der Konzentration der Rüstungsindustrie auf die Ordnungszelle Bayern. Ein großer Flugzeug-Führer.

Es ist nun durchaus nicht so, daß wir gesteigerten Wert auf die Beachtung durch eine fälschende, lügende Presse legen; da aber die Welt durch die Medien erlebt wird, gibt es doch Aufschlüsse, welche Vorurteile, Auslassungen, Verfälschungen Vorgängen angeheihen, die man hautnah erlebt, um den Rest in den Mistblättern besser entziffern zu können.

Die „tz“ versteckt die kleine Meldung – zu kurz für allzuvielen Lügen – zwischen einem Raubüberfall, der

Nominierung des Abgeordneten Glotz und einer Diskussion mit der „skandalfabriken“ „Sex-Autorin“ Constanze Elsner über „Selbstmord“ und betont durch die Überschrift

Friedlich gegen Strauß

und erste Zeile „Friedlich verlief...“ ihr bodenloses Erstaunen über den unerwarteten Verlauf einer Kundgebung gegen den Führer einer der größten Friedensbewegungen, da doch immerhin über ein Prozent aller Demonstrationen „unfriedlich“ – dank der Mitwirkung der Polizei – verliefen.

Auch die „Abendzeitung“ („Hört alles, sieht alles, sagt alles“) muß betonen, daß es „ohne Zwischenfall“ zugeht – erstaunt, als habe sie selber die albernsten Verbotsbegründungen vom Herbst entworfen.

Ungefähr den sechsfachen Raum erhält eine wahre automobilistische Köstlichkeit:

Veteranen-Parade am Volkstheater
Bildunterschrift: *Königlicher Plastikbomber: „Seinen Lloyd von 1955 hat der Münchner Dieter Penzkofer mit weißblauem Ständer und Ludwig II. aufgemotzt. Das Modell links gehört einem Freund.“*

Darunter klemmt die Demonstrations-Notiz unter der riesigen Titelzeile: *Fünf Raubüberfälle – die Täter entkamen.*

(Ob direkt zur Demonstration, bleibt offen, wiewohl sich dort genug verdächtige Gestalten in Zivilverkleidung herumtrieben.)

Die Überschrift:

WAA Wackersdorf – 1000 zogen zum Sendlinger Tor

wird durch nur zwei Fehlinformationen belebt, wobei das geographische Ziel in seiner Unerheblichkeit (Was ist schon viel gegen das Sendlinger Tor außer seiner Nähe zur AZ-Redaktion einzuwenden?) korrekt angegeben ist, dafür aber das Demo-Photo in seiner Undeutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Bei ihrem Nachrichten-Raubüberfall auf die Demonstration des „Anti-Strauß-Komitee“ entkam die AZ mit schwer beschädigter Beute: „... richtete sich der Protest v o r a l l e m gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAA), dem „Haidhauser Polizeiüberfall auf ein friedliches Straßenfest“ (Transparent-

text) nach der Anti-WAA-Demo im Herbst und gegen die geplante Meldepflicht für AIDS-Infizierte, wie sie Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler will.“

So gewiß sich die Demonstration auch gegen den Demonstrationsverbietter Gauweiler richtete, so wenig ist uns bewußt, gegen eine geplante Meldepflicht für AIDS-Infizierte demonstriert zu haben, überhaupt haben wir das Bundesseuchengesetz eher vernachlässigt, und selbst ein Tripper Gauweilers ließe uns vergleichsweise unerregt und nicht der Würdigung wert. (Wobei sich allerdings vorstellen ließe, daß ein Gauweiler eine Meldepflicht für AIDS etwas anders behandelt sehen möchte als etwa die für Tuberkulose. Vielleicht läßt sich so das kleine Transparent des Grünen-Stadtrats Gerd Wolter interpretieren: „Schwule gegen Staatswillkür“.)

Als einzige Tageszeitung hatte die „Süddeutsche Zeitung“ eine Ankündigung der Demonstration gebracht – daß sie nicht verboten sei – und sie berichtete relativ korrekt und ausführlich.

Protestzug gegen Demonstrationsverbot

Zahl der Teilnehmer umstritten / „Haidhauser Polizeiüberfall“. Doch auch sie meinte hervorheben zu müssen, daß die Demonstration „ohne jeden Zwischenfall“ verlaufen sei – womit der Artikel eingeleitet wird – und daß die Polizei „vorsichtshalber starke Kräfte in Uniform und Zivil aufgeböt“ habe – womit der Artikel ausklingt –, überleitend zur Wiederaufarbeitung des Grundthemas in der Bildunterschrift: „Es kam zu keinen Zwischenfällen.“ Ja, so verblüffend verlaufen Demonstrationen des ASK, wenn die Polizei sich friedlich verhält und die Ausübung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit nicht einschränkt.

Die kleine Artigkeit der folgenden, beispielhaften Hervorhebung „Aktiv beteiligten sich an der Aktion z u m B e i s p i e l der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ und der „Kommunistische Hochschulbund“ ist wohl der Wirkung des Thomas-Mann-Zitats – vorgetragen vom Grünen-Sprecher – zu danken, der Antikommunismus sei die Grundtendenz der Epoche.

**Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen
wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller
Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.**

Bertolt Brecht